

Der Reichskanzler

und die

Deutsche freistünige Partei.

Die

Reden des Fürsten Bismarck

und

die Antwort des

Abgeordneten Eugen Richter

in der Reichstags-Sitzung vom 9. Mai 1884.



Berlin 1884.

Verlag: „Fortschritt, Aktiengesellschaft“.

Zu beziehen durch
die Expedition des „Reichsfreund“ in Berlin W., Kronenstraße 46,
und
die Buchhandlung von C. Barthel in Berlin SW., Ritterstraße 52.

Preis: portofreie Zusendung gegen vorherige Einsendung
von 30 Pfennigen; in Partien von mindestens zehn Exem-
plaren an dieselbe Adresse 20 Pfennige, in Beträgen von min-
destens hundert Exemplaren an dieselbe Adresse 10 Pfennige
o. weniger.

Haben erschienen:

Nachtrag zum ABC-Buch

fünf Druckbogen stark und alle parlamentarischen Vorgänge seit dem Erscheinen des ABC-Buch (19. Dez. 1883) bis zum 22. April 1884 kritisch erörternd. Besonders sind die großen Fragen der Verlängerung des Sozialistengesetzes, des neuen Unfallversicherungsgesetzes an der Hand der parlamentarischen Vorgänge eingehend dargestellt. Ebenso enthält der Nachtrag Programm und Organisation der freisinnigen Partei.

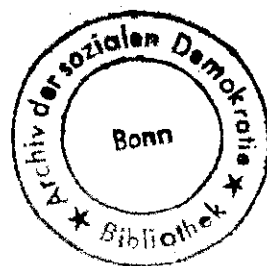
Preis des Nachtrages sechzig Pfennige, beim Bezuge von fünf Exemplaren an 40 Pfennige pro Exemplar.

Das ganze ABC-Buch einschließlich des Nachtrages

(30 Druckbogen über 300 Artikel) kostet nicht mehr als bisher, nämlich zwei Mark, beim Bezuge von fünf Exemplaren nur eine Mark fünfzig Pfennige.

Gegen Franko-Einsendung des Betrages erfolgt Frankozusendung durch die Expedition des Reichsfreunds Berlin W., Kronenstr. 46 und die Buchhändlerische Buchhandlung, Berlin SW., Ritterstr. 52.

Der Nachtrag enthält folgende Artikel: Agrarier, Altengesehnen, Anarchisten, Beamte, Berufung, Börse und Börsensteuer, Centrumspartei, Freisinnige Partei, Gelbfäule, Gewerbekammer, Hagelversicherung, Handlungsreisende, Fußbeschlag, Jagdordnung, Zimmern, Kaiser, Kapitalrentensteuer, Klassensteuer und Einkommensteuer, Kolportage, Kornzölle, Krankenversicherung, Kronprinz, Kulturkampf, Labaner, Laster, Lehrer und Schulen in Preußen, Militärkrankenversicherung, Ministerverantwortlichkeit, Nationalliberale Partei, Offizierverein, Pensionswesen, Reichskanzler, Sozialismus und Sozialistengesetz, Speiseinfuhr, Schw einepolitik, Schrapnellpolitik, Staatsrath, Tabaksteuer, Unfallversicherung, Unschuldsvermutelung, Volkswirtschaftsrath, Zölle und Reichsteuern, Zündholz.



A79 3590

Vorbemerkung.

Die Verlängerung des Sozialistengesetzes bis zum 30. September 1886 wurde im Reichstage mit 189 gegen 157 Stimmen in zweiter Berathung am 10. Mai angenommen; in dritter Berathung wurde dieser Beschluß bestätigt. Der Abstimmung in der zweiten Berathung war eine dreitägige Diskussion vorhergegangen. Das Hauptinteresse boten die Verhandlungen des zweiten Tages, weil hier Fürst Bismarck persönlich in die Diskussion eingriff und sich daraus ein Nebenfall zwischen ihm und dem Abgeordneten Eugen Richter als dem Redner der freisinnigen Partei entwickelte. Dieser Nebenfall, bestehend aus zwei Reden des Fürsten Bismarck und einer Rede des Abgeordneten Eugen Richter, ist der Gegenstand der folgenden Darstellung.

Am ersten Tage hatte Abg. Dr. Freiherr v. Stauffenberg als Vertreter der freisinnigen Partei die Diskussion begonnen. Ihm folgten Abg. Freiherr v. Münnigerode für die deutschkonservative Partei, Abg. Dr. Windthorst für die Centrumspartei, Abg. Graf v. Bahr-Behrenhoff für die freikonservative Partei und Abg. Dr. Marquardsen für die nationalliberale Partei, während sich die Sozialisten mit einer Erklärung des Abg. Frohne begnügten.

Am zweiten Verhandlungstage setzte zunächst Abg. Eugen Richter Namens der freisinnigen Partei die Diskussion fort, indem er das Verhältniß des Dynamitgesetzes zum Sozialistengesetz schilderte, die Erziehung der Massen zur Ungefährlichkeit durch das Sozialistengesetz darlegte, von den Attentatsversuchen am Niederwalddenkmal sprach und weiterhin ausführte, daß die Bekämpfung der sozialistischen Ideen durch die verwandten sozialpolitischen Ausföhrungen der Regierungsorgane behindert werde. Das gegenwärtige Regierungssystem sei nach seinem Inhalt und nach seiner Methode nicht im Stande, der Ausbreitung des Sozialismus einen wirksamen Damm entgegenzusetzen.

Erst nachdem mit dieser Rede die Rednerliste nahezu erschöpft war, theilte sich die Regierung an der Diskussion zunächst durch eine Rede des Ministers v. Puttkamer. Während dieser Rede erschien der Reichskanzler Fürst Bismarck und ergriff nach dem Schlusse derselben das Wort. Diese Rede des Kanzlers lief auf einen scharfen Angriff gegen die freisinnige Partei aus, welche er als Fortschrittspartei bezeichnete.

Soweit diese Rede eine Polemik gegen die Fortschrittspartei oder freisinnige Partei enthält, ist sie in Folgendem wörtlich wiedergegeben. Es folgt alsdann in der Broschüre nach kurzer Erwähnung der dazwischenliegenden Reden die Rede in ihrem Wortlaut, mit welcher der Abg. Eugen Richter auf die Angriffe des Reichskanzlers erwiderte. Ebenso ist ihrem vollen Wortlaute nach wiedergegeben die Replik des Reichskanzlers Fürst Bismarck auf die Rede des Abg. Eugen Richter. Nach der zweiten Rede des Reichskanzlers wurde die Diskussion auf Antrag des Abg. Dr. Windthorst geschlossen. Hierauf folgenden persönlichen Bemerkungen sind gleichfalls in unserer Darstellung wiedergegeben.

Erste Rede des Reichskanzlers Fürst v. Bismarck.

Fürst Bismarck glaubt seiner Rede bei der ersten Verathung vom 20. März nichts wesentliches hinzufügen zu können. „Es steht erfahrungsmäßig fest, daß in dem Moment, wo wir debattiren, hier in dieser Versammlung Niemand mehr Argumenten zugänglich sein würde, die nicht von seinen Fraktionsgenossen, respektive Fraktionsführern ausgehen. Da ich aber nicht die Ehre habe, irgend einer Fraktion anzugehören, so würde ich vergeblich sprechen, und beschränke ich mich auf einige Zusätze zu meinen früheren Aeußerungen, zu denen mir der bisherige Verlauf der Debatte Anlaß giebt.“

Fürst Bismarck theilte hierauf eingehend mit, welche Verhandlungen seit 1881 mit auswärtigen Mächten in Betreff der gemeinsamen Verhinderung von politischen Mordversuchen gepflogen seien. Er erwähnte dabei aus dem Handschreiben des Kaisers Wilhelm nach dem Attentate gegen den Kaiser von Rußland 1881 auch folgende Stelle:

„Sie wissen, wie ich über Attentate denke, und daß Polizeimaßregeln gegen dieselben nicht schützen können.“

Indem Fürst Bismarck das Erfolge dieser Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten über gemeinsame Maßregeln gegen politische Mörder schilderte, schob er die Schuld hierfür den Parlamenten zu, „in denen fast überall die Parteikämpfe so viel Staub aufwirbeln, daß er den freien Blick auf das Ganze blendet und hindert; die Parlamente sind es, die die Regierungen an ihren Entschliehungen zur Repression der Verbrechen hindern, und die Furcht vor den Wahlen“.

Fürst Bismarck erklärte alsdann: „die Frage, ob die preussische Regierung für sich allein ein Dynamitgesetz machen sollte und könnte, ist in den technischen Stadien, die damals hauptsächlich durch den dem Ingenieur- und Artilleriefach entstammenden Kriegsminister Herrn von Kamecke vertreten wurden, für außerordentlich schwierig und für untrüchtlbar erklärt worden, so lange nicht wenigstens die Hauptmächte in Europa sich darüber vereinigen, nach gleichen Prinzipien mit dem Dynamit zu verhandeln.“ Auch habe er nach den Wahlen von 1881 jede Hoffnung verloren, ein solches Gesetz in diesem Hause zur Annahme zu bringen. „Ich glaube auch nicht, daß, wenn wir in der Zwischenzeit Ihnen aus unserer Initiative ein Gesetz der Art gebracht hätten, daß Sie es angenommen haben würden. Jetzt haben Sie die Initiative mit einem solchen Gesetze ergriffen; wir nehmen sie dankbar an, acceptiren sie utilitor und sind überzeugt, daß Sie das damit Ihrerseits gegebene Wort nicht zurückziehen werden.“

Indem der Reichskanzler ausführte, daß die Dynamitgesetzgebung gar nicht die allgemeine Gefahr sozialistischer Theorien berühre, wandte er sich den russischen Zuständen zu. Das Personal der russischen Mihilien bestehe nicht aus Arbeitern, sondern aus gebildeten oder halbgebildeten Leuten, unzufriedenen Beamten und Offizieren. „Der russische Mihilismus ist mehr eine klimatische Abart des Fortschritts als des Sozialismus. (Heiterkeit rechts.)“ Es wäre ja möglich, „daß die russischen Verbältnisse sich dahin ausbilden, daß auch dort der verbotene Student, wie ich im allgemeinen ihn bezeichnen will, und der fortschrittliche Malkontente, Herrschsüchtige vielleicht, allmählich den Zunder in die Massen werfen kann.“

Indem der Reichskanzler hervorhob, daß die Mörderin Vera Cassattsch in Rußland unter dem Beifall der höchsten Staatsbeamten Rußlands, die unter den Zuhörern saßen, von den Richtern freigesprochen sei, fuhr er fort: „Auf dem Standpunkt des russischen Mihilismus befanden wir uns schon früher. Vorgestern waren es gerade 18 Jahre, als das Attentat von Blind stattfand; der war in keiner Weise dem Arbeiterstande angehörig, er war ein wissenschaftlich gebildeter Mann, ein Student, und er war das Gefäß in dem die Theorie der Konflikts-Fortschrittspartei und die Kritik der Fortschrittspartei über einen so elenden Minister, wie er heute vor Ihnen steht und der damals Deutschland in den Krieg stürzen wollte, zu dem ihn kein Heller bewilligt werden sollte — diese Theorie der fortschrittlichen preussischen Landtagspartei vor 1866 hatte sich bei Blind abgelagert und krystallisirt, und Sie können daraus sehen — wer die Zeit damals miterlebt und mit so viel Interesse studirt hat, wie mir der damalige Vorgang einflößte, wird gesehen haben, wie die sämtlichen fortschrittlichen Blätter damals nach dem Attentate für Blind Partei nahmen und vor sittlicher Enttäuschung darüber, daß ich mich nicht hätte von dem Manne erschließen lassen, sich nicht fassen konnten. Sie warfen mir vor, ich trage ein Stählend; — ich wollte ich wäre stark genug dazu, — und die höhnlichsten Karikaturen über den Mordanfall wurden überall an den Schaufenstern von der Polizei geduldet. Wenn man die fortschrittlichen Blätter*, die Karikaturblätter, die heute noch existiren, von damals liest, die damals in den Schaufenstern aufgestellt wurden, so mußte jeder denselben Eindruck bekommen, wie ich ihn damals bekommen habe, daß die Masse der mittleren Polizeibeamten, vielleicht auch höhere, viel mehr auf Blinds Seite stand, als auf meiner.“ (Lachen links.) Ja, ja, meine Herren, Sie verlegen sich wieder auf das Auslachen, es ist das nur, damit das in den Bericht kommt, in Klammern „Gelächter“. Ich bitte also den Herrn, der da lacht, sich lieber zu nennen, damit gesagt werde, Gelächter von Herrn Abgeordneten so und so, — dann weiß man doch, was das Gelächter zu bedeuten hat. Ich habe schon neulich gesagt, Sie lachen, damit es in den stenographischen Bericht kommt, und damit es eine Verminderung der Bedeutung und des Ernstes dessen, was ich hier sage, ausübt. Das ist die letzte Waffe derer, denen alle Gründe und

*) Bereits hat eine Reihe fortschrittlicher Blätter nachgewiesen, daß sie im Gegentheil damals das Blind'sche Attentat in jeder Weise mit Abscheu verurtheilt haben.

alle Fähigkeit, etwas zu erwidern, ausgegangen sind: man stellt dann — verzeihen Sie mir den Ausdruck — ein banausisches Gelächter an. Banausisch nenne ich, wenn man von der Sache, über die man lacht, nichts versteht. — Sie sind alle klassisch gebildet genug, den Ausdruck zu verstehen, und ich möchte, daß man dieses Banausenthum, wo man mit nichts als mit unartikuliertem Höngelächter auf ernste Darlegungen antwortet, aus unserer gebildeten Gesellschaft entfernt. (Bravo! rechts.) Machen Sie es, wie ich es thue. Wenn ich allein bin und denke über Sie nach, dann gerathe ich auch unwillkürlich in Heiterkeit; aber hier bin ich ernst.“

„Nun also, bekannt ist der Kultus, der mit der Leiche Blinds im Polizeipräsidium damals getrieben wurde. Namhafte Frauen, die in der wissenschaftlichen Welt, wenigstens ihre Männer, einen gewissen Ruf hatten, befränzten sie mit Lorbeer und Blumen; das alles ist gebildet worden damals von der Polizei — ohne deren Zulassung konnte man nicht zu der Leiche dringen —, und das allgemeine Ergebnis war für mich in diesen Kreisen die Mißbilligung, daß ich überhaupt noch lebte.“

„Nun, das war dasselbe Beifallklatschen für Blind, wie bei Vera Sassulitsch, wo auch die höheren Beamtenkreise so dachten, daß sich leicht auf ihre Autorität noch mehrere finden, die schließlich zum Messer greifen, wenn die Argumente nicht mehr ausreichen. Ausland ist noch nicht so weit wie wir.“

Das Sozialistengesetz, so fuhr der Kanzler fort, solle weder von ewiger, noch von zu kurzer Dauer sein. Er hoffe, „auf dem Wege der Reform, zwar nicht alle Beteiligte zu bekehren, aber doch den Zulauf, die Rekrutierung für die revolutionären Pläne wesentlich zu beschränken, wenn wir dem Arbeiter das geben, was die Kaiserliche Volkshaus und was die daran geknüpften Reformvorschlüge verheißten haben.“

„Ich habe schon vor einigen Wochen mich darüber ausgesprochen, — wenn es interessant, wird es nachlesen können; daß die Herren es jetzt interessant wird, nehme ich nicht an. Ich will mich nur dahin resümieren: geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, so lange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, so lange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist, — wenn Sie das thun, und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssozialismus schreiben, sobald jemand das Wort „Altersversorgung“ ausspricht, wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Wydener Programm ihre Lockpfefel vergebens blasen werden; daß der Zulauf zu ihnen sich sehr vermindern wird, sobald die Arbeiter sehen, daß es den Regierungen und den gesetzgebenden Körperschaften mit der Sorge für ihr Wohl ernst ist.“

„Ich glaube, daß Sie bei der Regierung nicht an dem Ernst zweifeln, aber in Betreff der gesetzgebenden Körperschaften ist bisher die Ueberzeugung, daß es den Herren ernst darum zu thun wäre, etwas für die Arbeiter zu schaffen, noch nicht sehr durchgedrungen. Die Arbeiten gehen langsam, sie werden angebrachte Sachen abgelehnt nach einem Obstruktions-system, nach Verzögerungsprinzipien, die sehr kunstreich berechnet sind. Der Reichstag ist jetzt neun Wochen versammelt, er ist zum 6. März zusammenberufen worden. Die Hauptaufgabe, für welche wir die Zeit frei-

gehalten haben, ist die Unfallversicherungsgesetzgebung; das Gesetz hat, glaube ich, 170 Paragraphen; die Kommissionsverhandlungen sind jetzt nach neun Wochen bei der Klippe des Art. 43 angelangt, und die Frage der Berechtigung der Arbeiterausschüsse ist meines Erachtens eine so wichtige, eine so prinzipielle Frage, über die sich viel reden läßt; es steht also zu befürchten, daß die Sache sich so langsam wie bisher weiter entwickelt. Ich mache der Kommission keinen Vorwurf daraus, — ich bin überzeugt. Sie arbeitet fleißig; aber der Mangel an Glauben, daß die Sache nützlich sei, der Mangel an ernstem Willen, etwas zu Stande zu bringen, verlangsamt die Arbeiten unwillkürlich. Wenn es sich um manche andere Dinge, die politisch mehr Interesse haben, handelt, da habe ich die Herren schon sehr rasch arbeiten sehen; aber hier kommt die Sache nicht vorwärts. Wir, die Regierung, können die Verhandlungen über diese Dinge nicht abbrechen, und wenn wir bis zum August oder bis zum natürlichen Ablauf Ihres Mandats hier sitzen sollen; die Regierung kann nicht vom Plaque weichen, wir müssen Ihre Antwort auf das Unfallversicherungsgesetz haben, Ja oder Nein, und ich möchte bitten, auf diese Arbeiten für das Wohl einer zahlreichen und zum Theil nicht glücklichen Klasse doch ohne alle Schachzüge — ich will nicht sagen Winkelzüge — aber Schachzüge, wie wir das bei diesem Gesetz diktorisch erlebt haben, — nicht auf diese Art einzuwirken. Sobald wir auf diesem Gebiet der sozialistischen Reformen, auf dem Gebiet der Verbesserung des Loses der Arbeiter im allgemeinen etwas von Gewicht erreicht haben werden, dann wird auch der Zeitpunkt gekommen sein, wo die Regierung selbst die Aufhebung jedes Ausnahmegesetzes beantragt, und wo wir abwarten werden, ob auch nach Erfüllung dessen, nach Erfüllung aller Verpflichtungen, welche in den Regierungskreisen wenigstens allgemein für verständlich und berechtigt gehalten werden, ein solches Ausnahmegesetz noch notwendig sein wird. Von dieser Erfüllung sind wir aber weit entfernt. Vor sechs Jahren sind die Versprechungen gemacht, — sie sind nicht verwirklicht; ich mache niemand daraus einen Vorwurf. Ich kann nur zu meiner Entschuldigung anführen: wäre ich immer so gesund gewesen, wie vor zehn Jahren, nun, so würde ich die Sache mehr betrieben haben; aber können Sie, die Mehrheit von Ihnen, wirklich ehrlich sagen, daß Sie in entgegenkommender Weise auf dem Gebiete der Leistungen zu Gunsten der Arbeiter die Regierung unterstützt hätten? Ich glaube, wenn Sie die Hand auf's Herz legen, können Sie das nur zu Wahlzwecken ansprechen, aber nicht behaupten und nicht nachweisen. Sie betrachten das als eine lästige Sache, um die Sie herumkommen und die Schuld der Regierung zuschieben möchten; aber Sie arbeiten nicht mit dem Eifer, den die Sache verdient. — Dann also will ich mich gern mit dem Zurückziehen aller Ausnahmegefesche einverstanden erklären.“

„Wie die Sache aber jetzt liegt, möchte ich die Herren bitten, das grausame Spiel einigermaßen abzukürzen. Warum wollen Sie nicht den Muth Ihrer Meinung haben? Sagen Sie offen Nein, wenn Sie glauben, daß das Gesetz*) nicht möglich ist. Wir werden Ihnen dann sofort die Gelegenheit geben — und die verbündeten Regierungen sind darüber

*) Hier meint der Kanzler offenbar das Sozialistengesetz selbst.

einig — mit Ihren Wählern darüber Rücksprache zu nehmen, (Heiterkeit) ob die Wähler mit diesem Nein einverstanden sind. Ich will Ihnen das gar nicht verschweigen; der Ablehnung der Verlängerung dieses Gesetzes wird die Auflösung des Reichstages auf dem Fuße folgen. Darüber sind die Regierungen einig, das sind sie sich und dem Lande schuldig. Wir verlieren aber auch gar nichts, denn die Verzögerungsgefahr tritt ja nicht ein; wenn wir heute in Folge der Auflösung auseinandergehen, so haben wir die erfreuliche Aussicht, uns und diejenigen, die wieder gewählt werden, am 10. August wieder zusammenzufinden, zu einer schönen Jahreszeit, wo wir die Diskussion von heute fortsetzen können. (Heiterkeit.)

Indem der Kanzler dann noch ferner auf eine beschleunigte Entscheidung drang und ausführte, daß die Regierung sich nicht mehr vor der Revolution fürchte als andere, fuhr er fort: „Der Wähler hat ja schließlich darüber zu bestimmen und zu beschließen, und deshalb ist es wohl nützlicher, wenn man ihn häufiger fragt, damit er auch häufiger zu Wort kommt. Wenn nur der Wähler nicht dabei in den Irrthum verfällt, daß er glaubt, gegen die Gefahren der Sozialdemokratie sich dadurch zu schützen, daß er fortschrittliche Abgeordnete wählt! Meines Erachtens bahnt jeder Wähler, der fortschrittlich wählt, mit noch mehr Sicherheit die Wege für die künftige Herrschaft der Sozialdemokratie, für die Untergrabung zunächst und dann den Umsturz unserer geordneten gesellschaftlichen Verhältnisse, weil die Argumentationen der Fortschrittspartei und die Mittheilungen, welche sie uns über ihre Zukunftspläne geben kann, im Ganzen bisher unverdächtig und für denjenigen, der nicht weiter sieht, annehmbarer, glaubhafter, wahrscheinlicher sind. Die meisten Wähler glauben heut noch, daß mit der Herrschaft der Fortschrittspartei monarchische Einrichtungen verträglich sind, daß sie nicht nothwendig in die reine Wahlherrschaft, in das souveräne Wahlrecht Hindergeften müsse, ähnlich wie sie das heutzutage in Norwegen sehen, in einem Lande, welches eine konservative achtbare Bevölkerung hat. Aber auf dem Wege kommt man schließlich zu nichts anderem, als zur Zersetzung einer jeden monarchischen Einrichtung. Wie die Herren in Norwegen sich das darauf aufmerksam: das ist die natürliche Entwicklungsbahn, zu welcher jede fortschrittliche Politik, die Politik, daß die Parlamentsmajorität im Lande regiert und nicht der König, zuletzt nothwendig in allen Ländern kommen muß; und daß dies bei einem so achtbaren konservativen Menschenflag, wie der norwegische Bauer es ist, auch der Fall ist, schlägt alle diejenigen, die noch zweifelhaft sein mögen, die noch an der allgemeinen Wahrheit dieses Grundsatzes zweifelhaft sein konnten, weil früher nur der Pöbel der großen Hauptstädte an der Herrschaft gewesen ist, wie der Jakobiner zur Zeit der großen Revolution in Paris und bei anderen Beispielen. Aber nachdem so etwas an dem grünen Holze des achtbaren norwegischen Volkes geschehen konnte, glauben Sie doch nicht, daß bei uns mit unseren großen Städten, mit unseren Massen von halbgebildeten Leuten, die auf die Wahlen einen Einfluß üben, mit der Geldmacht, die sich allmählich bei den Wahlen wirksam bezeigt, — glauben Sie nicht, daß wir zu einem anderen Ziele gelangen werden, wenn wir den Weg einschlagen.“

„Ich streife dabei ein Thema, das Herr von Münnigerode gestern berührte; das ist der Wahlfonds und der Diätenfonds. Herr von Münnigerode brauchte gestern den Ausdruck, daß durch die Annahme der Diäten ein Abgeordneter sich der Fraktion verkaufe. Ich finde den Ausdruck nicht richtig, er vermießet sich an die Fraktion gegen Entgelt. Es ist meines Erachtens eine nackte und wahre Bestechung, die darin liegt; es wird jemandem eine bestimmte Zahlung zugesichert unter der stillschweigenden Bedingung, daß er mit der Partei, die ihn weiter bezahlt, auch weiter stimmt und es weiter treibt. Es ist das ein verfassungswidriger Zustand, — wenn er vorkommt. Mir ist noch kein einziger Fall in glaubhafter Weise vorgekommen; ich würde sonst sofort die Probe anstellen, ob der Staatsanwalt nicht wegen Bestechung eines Abgeordneten einschreiten würde und einen Prozeß anstrengen; und wenn der Prozeß so ausfiele, daß dies erlaubt wäre, würde ich mit einer gesetzgeberischen Deklaration des Bergehens der Bestechung vor Sie treten und um Ihre Genehmigung bitten. (Heiterkeit links.) — Das können Sie nicht todtküchen. Es ist Ihnen innerlich auch gar nicht so lächerlich dabei zu Muth; es trifft das einen wundern Fleck, und mit dem Staatsanwalt hat niemand gerne zu thun. Ich halte es für verfassungswidrig, und meines Erachtens wäre es der Verfassung entsprechend, wenn das Parlament dergleichen Verfassungsbruch ermittelt, daß es seinerseits das Mandat solcher Abgeordneten, die die Verfassung ihrerseits brechen, — kassirt, sonst setzt sich das Parlament selbst eine Verfassung. Aber mir liegt bisher zu meiner Beruhigung kein dergleichen Fall vor; indes ich vigillire darauf, und ich werde mich freuen, wenn mir einer zur nachweislichen Kenntniß kommt.“

„Ich kann also nur — wenn, wie ja die Möglichkeit hier nahe tritt, die Neuwahlen uns nahe bevorstehen — mit dem dringenden Wunsch an die Wähler schließen: wollen Sie die sozialistische Gefahr los sein, wählen Sie keinen fortschrittlichen Abgeord.“ (Bravo! rechts. Heiterkeit links.)“

Nach dieser Rede ließ der Präsident zwei Redner zu Wort, welche zu keiner Fraktion gehören, nämlich die Abgeordneten v. Treitschke und Rittinghausen (letzterer ist aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten). Beide Redner waren durchaus unverständlich, und leerte sich daher der Reichstag fast vollständig.

Nach dem Abg. Rittinghausen erhielt der konservative Abgeordnete v. Köllner das Wort. Derselbe wandte sich theils gegen die erste Rede des Abgeordneten Richter, theils gegen die Sozialisten.

Nach diesem Redner erhielt der Abgeordnete Eugen Richter behufs Erwiderung auf die Angriffe des Reichskanzlers das Wort zu nachfolgender Rede.

Die Rede des Abgeordneten Eugen Richter.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Richter (Hagen).

Abgeordneter Richter (Hagen): Meine Herren, ich bitte Sie um Nachsicht, daß ich heute zum zweiten Male das Wort ergreife, aber der Umstand, daß die Herren Vertreter der Regierung verhältnismäßig spät in der Diskussion das Wort ergriffen haben, nöthigt uns, zur Abwehr der Angriffe noch einmal die Diskussion zu verlängern.

Der Herr von Köller wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich ihm auf das, was er gegen mich vorgebracht hat, heute nichts erwidere; es findet sich ja immer zwischen uns noch eine Gelegenheit. Ich möchte bitten, mir zu gestatten, heute ausschließlich dem Herrn Reichskanzler einiges zu erwidern.

Zunächst was einige Aeußerlichkeiten in dem parlamentarischen Verkehr betrifft. Der Herr Reichskanzler verübelt es, wenn er durch irgend eine Zwischenbemerkung unterbrochen wird. Nach meiner Auffassung sind Zwischenbemerkungen allerdings möglichst zu vermeiden, wenn der betreffende Redner es selbst wünscht. Es giebt ja Redner, wie z. B. der Herr Abgeordnete Windthorst, für den die Zwischenbemerkungen ein gewisses Lebens- element in der Rede bilden. Nachdem wir aber unsererseits uns vergewissert haben, daß der Herr Reichskanzler es nicht wünscht, geben wir uns alle Mühe, Zwischenbemerkungen zu unterdrücken, so nahe sie auch est genug liegen.

Nun empfindet der Herr Reichskanzler — ich halte es für gut, wenn man sich darüber offen ausdrückt — es auch unangenehm, wenn während seiner Rede Heterkeit entsteht, allerdings nur, wenn die Heterkeit auf dieser Seite (links) entsteht, denn ich habe nicht gefunden, daß der Herr Reichskanzler es übel vermerkte, als zur Unterstützung eines Angriffs auf diese Seite er von der rechten Seite mit einer vollständigen Lachsalbe begleitet wurde. (Sehr richtig! links.) Neulich entstand auf dieser Seite Heterkeit, nicht gegenüber einer Bemerkung des Herrn Reichskanzlers, sondern weil das Bravo auf der rechten Seite zur Unterstützung des Herrn Reichskanzlers uns so wunderbar gepreßt erschien. Der Herr Reichskanzler bemerkte sofort, es müßte hier ein Tambourmajor sitzen, der diese Heterkeit dirigirte. Wir haben uns bemüht, auch darin dem Herrn Reichskanzler Rechnung zu tragen, uns alle Mühe zu geben, auf dieser Seite ohne irgend ein Zeichen seine Rede zu begleiten, aber es ist doch schließlich — wir sind doch auch Menschen — nicht ganz zu verhindern, daß dieser oder jener einen Ausdruck einer heikleren Stimmung von sich gibt, wenn ihn eine einzelne Bemerkung des Herrn Reichskanzlers geradezu herausfordert. Es ist in der That — ich habe keinen Grund, es zu verschweigen — mein Kollege Hänel gewesen — er würde es dem Herrn Reichskanzler selbst noch bemerkt haben, — der, als der Herr Reichskanzler bemerkte, daß beim Mordversuch Attentat die mittleren Polizeibeamten viel mehr auf Seiten des Mörders als auf seiner, des Herrn Reichskanzlers Seite, gewesen wären, allerdings eine gewisse Heterkeit nicht unterdrücken konnte.

(Reichskanzler Fürst von Bismarck: Er kennt das Geschäft nicht!)

— Ja, es ist schwer, Zwischenrufe zu vermeiden, das sieht der Herr Reichskanzler so eben selbst. (Große Heiterkeit.) Ich meinerseits bin auch weit entfernt davon, das irgendwie übel zu nehmen; aber es ist doch hart, wenn der Herr Reichskanzler nun gleich sogar von einem „banaußischen Gelächter“ spricht. Ich habe einen solchen Ausdruck der Heiterkeit des Herrn Abgeordneten Hänel überhaupt kaum wahrgenommen. „Banaußisch“ erinnert, wie mir die Sprachgelehrten verstehen, an eine gewisse verächtliche Klasse von Menschen. Der Herr Reichskanzler bemerkte selbst, es entspräche dergleichen nicht dem gebildeten Ton, wir möchten uns dessen enthalten.

Nun, meine Herren, wir könnten ja da auch eine gewisse Gegenrechnung aufmachen. Als der Herr Reichskanzler zum ersten Mal in dieser Session hier sprach vor der Tagesordnung, da warf er dieser Seite vor, daß sie **Wucher** getrieben hätte mit dem Privilegium de mortuis nil nisi bone, und das war doch auch gerade keine sehr schöne Bemerkung zu der Sache.

Damit, meine Herren, verlasse ich dieses Thema, aber ich glaube, es war nützlich, daß man offen seine Meinung über diese Aeußerlichkeiten ausdrückt.

Der Herr Reichskanzler ist nun zurückgekommen auf das von dem Herrn von Münnigerode angeschlagene Thema wegen des **Diätenfonds der Fortschrittspartei**. Da die Fortschrittspartei als solche nicht mehr existirt, so können wir uns darüber ja ganz akademisch unterhalten. Wir sind der Meinung, und auch Rechtslehrer unterstützen diese Meinung, daß die Zahlung von Diäten, sei es aus Wählerkreisen, sei es sonst in einer privaten Form, mit der Verfassung im Einklang steht, und wir können uns in dieser Beziehung auf den Herrn Reichskanzler selbst beziehen.*) Bevor die Schluß- abstimmung über die Reichsverfassung kam — ich war damals auch Mitglied des Reichstags, — stellte der Reichstagsabgeordnete Simon an den Herrn Reichskanzler die Frage, ob der Verfassungsartikel eine außeramtliche Honorirung, welche aufgebracht wird durch Vereinigungen und welche nicht aus der Bundeskasse geleistet wird, verbiete, und darauf erwiderte der Herr Reichskanzler wörtlich:

Ich habe in dem Verfassungsentwurf nichts hineinzuinterpretiren, was nicht drin steht, und meines Erachtens steht das drin und liegt in der gesammten Lage unserer Gesetzgebung, daß die Regierungen ohne eine strafgesetzhche Unterlage nur denen etwas verbieten können, denen sie überhaupt etwas zu befehlen haben. (Hört! hört! links.) Da wir nun, abgesehen vielleicht von gewissen Beamten, nicht zu denen gehören, denen der Herr Reichskanzler etwas zu befehlen hat, so glauben wir, daß ohne eine strafgesetzhche Unterlage der Herr Reichskanzler nicht in der Lage ist, irgend wie dagegen etwas zu thun. Meine Herren, ich möchte wünschen, daß der Streit in der Weise geschlichtet würde, daß sich der Herr Reichskanzler entschließen könnte, wie

*) Auch Herr von Bennigsen hatte im konstituirenden Reichstage vom 15. April 1867, bevor der Verfassungsartikel 32 („Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen.“) zur Abstimmung gelangte, erklärt, daß er den Artikel „dahin auffasse, daß durch denselben das Zahlen einer Entschädigung an einen Abgeordneten aus privaten Mitteln nicht ausgeschlossen werden sollte, noch ausgeschlossen werden könnte.“ —

im Abgeordnetenhaus die Diäten als eine gesetzliche Einrichtung für Alle einzuführen. Er würde damit nicht bloß ein Privilegium des Geldsacks, sondern auch ein Privilegium der Berliner aufheben; denn für uns Berliner hat diese Frage überhaupt nicht entfernt eine solche Bedeutung, wie für die außerhalb Wohnenden und insbesondere für die Süddeutschen. Denn je mehr hier einer entfernt ist von seinem Heimathskreise und Berufskreise, umso mehr spielt die Diätenfrage für ihn eine Rolle, und die große Schwierigkeit, die in Süddeutschland namentlich vorhanden für alle Parteien, geeignete Kandidaten zu finden, hat zum großen Theil ihre Ursache in dem Mangel der Diäten.

Der Herr Reichskanzler hat dann gesprochen von der **Geldmacht**, die bei **Wahlen** eine Rolle spielt. Ach, meine Herren, wenn man in anderen Ländern von unserer Geldauswendung für Wahlen hörte, so würde man sich des Lächelns nicht erwehren können. Wenn ein Wahlkreis einmal 1000 Mark bekommt zur Bestreitung der Druckkosten, Portis, Botenkölne zur Vertheilung der Stimmzettel, so ist das eine außerordentlich seltene Unterstützung. Man ist in Deutschland nicht gewohnt, für öffentliche Dinge so viel Geld auszugeben, wie dies in anderen Ländern der Fall ist. Etwas spielt bei den Wahlen eine ganz außerordentliche Rolle, das ist der **große Neptillenfond**, der gewisse Agitationen speist. Wo bleibt die Million Mark, die dem Herrn Reichskanzler aus den Revenuen des Königs Georg von Hannover jährlich zur Disposition steht, „zur Abwehr feindlicher Unternehmungen des Königs Georg“, wie es im Gesetz steht? Der König Georg ist todt, und wir hören nichts davon, daß ähnliches von seinen Erben unternommen wird.

Aber es ist doch auch keine Frage, daß ein großer Theil der Presse, ja, ich möchte behaupten, die Mehrzahl fast, in irgend einer Beziehung zur Regierung steht, theils in Folge sonstiger amtlicher Zuwendungen, theils weil sie aus diesem Neptillenfond gespeist wird, und daß diese Million wesentlich verausgabt wird, um alles zu loben, was die Regierung und der Herr Reichskanzler thun, und um alles zu tadeln und zu scheitern in Deutschland, was irgendwie mit den jeweiligen Absichten der Regierung nicht im Einklang steht. Dadurch entsteht ein ganz falsches Bild von der öffentlichen Meinung in Deutschland, welches mitunter den Herrn Reichskanzler selbst verführt. Denn er hätte sonst im Jahre 1881 nicht die Enttäuschung nach den Wahlen von der er heute gesprochen hat, empfinden können, wenn er nicht damals viel zu zuverlässlich auf jene öffentliche Meinung in der Presse gerechnet hätte, die sich wesentlich nur in beeinflussten Organen widerspiegelt.

Ich bin dem Herrn Reichskanzler sehr dankbar daß er ein **Wort** unseres **Monarchen** hier authentisch beglaubigt hat. Es war ja als eine Privatäußerung bekannt, aber es ist uns heute amtlich bekannt geworden, indem der Herr Reichskanzler es aus einem amtlichen Aktenstück mittheilte: ich meine das Wort, daß **Hollzeigesetze** gegen solche **Attentate** wie im Jahre 1878 nicht schützen. Meine Herren, das ist wahr; darum soll man auch die **Wirksamkeit** dieser **Gesetze** nicht übertreiben. Wir sind darum nicht der Meinung, daß man nun alles unterlassen soll — unser Antrag zum **Erlaß** eines **Dynamitgesetzes** beweist ja das Gegentheil — aber, meine Herren, wenn wir in der That hier vor Gefahren stehen, gegen die wohl die Vor-

sehung Schutz gewähren kann, aber schließlich alle menschliche Kunst doch nicht vollständig ausreicht, dann sollten wir auch die **Gegensätze** nicht allzueinstimmlich steigern, die nur darauf sich beschränken, welches das tauglichste Mittel ist, um solche **Attentate** zu verhindern. Denn das **Interesse**, den **Monarchen** und überhaupt die **Ordnung** gegen **Attentate** und dergleichen zu schützen, haben wir alle gleichmäßig; der ganze Streit, der uns bewegt, betrifft bloß die **Tauglichkeit** des **Mittels**, die **verschiedene Auffassung** von der **Wirksamkeit** des **Mittels**. Wir sind nun einmal der Meinung und werden darin bestärkt, daß ein solches Gesetz, wie das **Sozialstengengesetz**, verhältnißmäßig mehr Gefahren neu in sich birgt, als es auf der anderen Seite Gefahren beseitigt.

Dann hat der Herr Reichskanzler auch ein Wort gesprochen über die **neue Vorlage des Dynamitgesetzes**. Da ist der Herr Reichskanzler in einen eigenthümlichen **Widerpruch** getreten zu dem **Minister von Buttkamer**, einen **Widerpruch**, der sich nur dadurch erklärt, daß der Herr Reichskanzler nicht anwesend war, als der Herr Minister sprach, und von dessen Erklärung wahrscheinlich keine Kenntniß gehabt hat. Der Herr Reichskanzler meinte, er hätte gar nicht geglaubt, daß wir ein solches Gesetz annehmen würden nach unserer Haltung, und er hätte es deshalb unterlassen, der Sache weiter nachzugehen. Erst nachdem wir in der **Kommission** die **Initiative** ergriffen, hätte er sich entschlossen, dieses Gesetz vorzulegen. So — ich glaube recht verstanden zu haben — die **Darstellung** des Herrn Reichskanzlers. Wie aber lautet die **Erklärung** des Herrn von Buttkamer? Herr von Buttkamer verwahrte sich ausdrücklich dagegen, daß ein **parlamentarischer Druck** irgendwie mitgespielt habe bei diesem Gesetz. Ich hatte das auch gar nicht hier im **Plenum** behauptet, aber allerdings in der **Kommission** ausgeführt, daß unsere **Forderung** den **Entschluß** zur **Vorlage** des **Entwurfes** beschleunigt habe. Um diesen nach seiner Ansicht falschen **Reflex** aus dem **Kommissionsbericht** fortzubringen, sah sich der **Minister von Buttkamer** ausdrücklich veranlaßt, hier zu erklären, daß unsere **Anregung** in der **Kommission** gar nichts dazu beigetragen hätte.)

Es entspricht auch den **Erklärungen** des Herrn **Ministers** in der **Kommission**, daß die Sache ohnehin in **Gang** gewesen wäre, daß sie auch ohne unsere **Anregung** und **Resolution** gekommen wäre. Die Herren mögen sich also in **Bezug** auf diese ganz entgegengesetzte **Darstellung** des **Verlaufs** untereinander auseinandersetzen. Ich vermag die **Erklärungen** nicht mit einander in **Einklang** zu bringen.

Was die **Hauptsache** ist: ich kann dem Herrn Reichskanzler nur bekräftigen, daß uns die **Grundlagen** dieses **Gesetzesentwurfes** vollständig **annehmbar** erscheinen, daß ich gar nicht zweifle, daß ein solcher **Gesetzesentwurf** in

*) Minister von Buttkamer hatte u. A. folgendes bemerkt: „Das (die Entwicklung einer neuen Spezies von Verbrechen) hat natürlich den verhängten Regierungen, nicht etwa von heute oder gestern, darüber kann der Herr Abgeordnete Richter sich wirklich vollkommen beruhigen, sondern seit langer Hand die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit aufgedrängt, hier auf diesem Gebiete die helfende Hand mit Hilfe des Reichstags anzulegen.“

sehr kurzer Zeit die Stadien der Verathung dieses Hauses passiren und die Verathung dieses Gesetzentwurfs gar keinen politischen, sondern ausschließlich technischen Charakter im einzelnen tragen wird.

Dann hat der Herr Reichskanzler über das Unfallversicherungs-gesetz gesprochen und über die Behandlung dieser Vorlage in diesem Hause. Vor sechs Jahren sei das Versprechen gegeben worden; er sei noch nicht in der Lage, das Versprechen zu erfüllen; seine Schuld sei es nicht, man arbeite in der Kommission nicht so — mit einem Worte, die Schuld wurde auf das Parlament geworfen

Nun, wie liegt die Sache? Wir unfererseits waren schon 1881 bereit — ich hatte damals im Frühjahr 1881 die Ehre, dies in Gegenwart des Herrn Reichskanzlers auseinanderzusetzen, — volle Unfallentschädigung zu gewähren, noch weit hinaus über den Kreis derjenigen, denen der Herr Reichskanzler sie gewähren will. Es wäre schon damals möglich gewesen, diese Unfallentschädigung im Wege eines vorläufigen Nothgesetzes sofort in Uebereinstimmung aller Parteien herbeizuführen, wenn man die Organisationsfrage, die Frage der Monopolisirung von Versicherungsanstalten vorläufig zurückgelassen hätte.

Nun, was aber diese Organisationsfrage, worin allein die Streitpunkte liegen, betrifft, so habe ich gar nicht Veranlassung, die Majorität in diesem Hause zu vertreten, gegen die heute die Angriffe des Herrn Reichskanzlers gerichtet waren. Aber zumal weil wir in dieser Organisationsfrage eine Minorität bilden und dem Herrn Reichskanzler gegenüberstehen, so bin ich doch vielleicht gewissermaßen unparteiisch in der Frage, ob der Herr Reichskanzler heute die Majorität des Hauses, das heißt die Centrum- und die konservative Partei, mit Recht angegriffen hat. Das muß ich entschie den verneinen: Die Konservativen und die Centrumspartei, die Majorität des Hauses in dieser Frage, hat dem Herrn Reichskanzler einen vollständig abgeschlossenen Gesetzentwurf am Ende der Session 1881 überreicht. Derselbe ist vom Bundesrath abgelehnt worden. (Hört! hört.) Der Gesetzentwurf ist im Bundesrath sogar angenommen worden von Bayern. Bayern muß also doch diesen Gesetzentwurf des damaligen Reichstags, der Konservativen und der Centrumspartei für eine genügende Unterlage gehalten haben für die Erfüllung der Zwecke, die hier in Frage stehen. Ich meine, schon in Rücksicht darauf, daß die Regierungen selbst untereinander nicht einig waren, hätte man nicht gegen die konservative und Centrumsmehrheit eine so schwere Anklage richten sollen. Aber der Herr Reichskanzler selbst hat diese Majorität später vollständig freigesprochen; das war hier im Hause in der bekannten Rede vom 9. Januar 1882 bei Gelegenheit der Interpellation von Hertling. Damals erklärte der Herr Reichskanzler, daß sein Entwurf von 1881 verfehlt gewesen sei und er gar nicht bedauere, daß dieser Gesetzentwurf damals nicht Gesetz geworden sei. Er sagte mit der Offenherzigkeit, die ihm eigenthümlich ist:

Ich glaube nicht diese Dinge, die sich der menschlichen Beherrschung in demselben Maße entziehen wie der Organismus des menschlichen Körpers der ärztlichen, so zu durchschauen, daß meine Meinung nicht der Beleh-rung und Aenderungs unterworfen wäre. Ich sage dies in Erinnerung daran, daß ich über die Unfallversicherung erst seit der Vorlage des vor-

gen Jahres die Ueberzeugung gewonnen habe, daß ohne korporative Unter-lagen die Sache faktisch niemals ins Leben zu führen sein wird. Die bei der Vorlage im vorigen Jahre uns vorschwebende, auf den ersten Anblick gewählte, ich möchte sie bürokratische Einrichtung nennen, hat mich als Geschäftsmann überführt, daß die Masse der Geschäftsmänner, die entstehen würde, für keine Zentralbehörde zu bewältigen sein würde, u. s. w. u. s. w.

Also der Herr Reichskanzler betrachtete es nachträglich selbst als ein Glück, daß in diesem Falle das Parlament ihm Opposition gemacht hat und seine eigene Vorlage im Jahre 1880/81 nicht zu Stande gekommen ist. Nur hat dann der Herr Reichskanzler selbst im Jahre 1882 eine andere Vorlage gemacht, zu der wiederum die konservative und Centrumspartei eine bestimmt ablehnende Stellung in jenem bekannten Kommissionsbeschlusse eingenommen hat, welcher aufforderte, die Vorlage der Regierung abzulehnen aus den und den Gründen. Alle konservativen und Centrumsmitglieder in der Kom-mission waren in dieser Ablehnung einig, und der Herr Reichskanzler selbst hat auch dieses ablehnende Votum für gerechtfertigt erkannt, denn sonst würde er, wie es doch sonst wohl vorkommt, einfach seine alte Vorlage wie-derholt haben. Statt dessen hat er seine Vorlage vollständig und zwar durch einen neuen Rath, wie bekannt geworden ist, umarbeiten lassen, und wir haben jetzt eine neue Vorlage, die der Herr Reichskanzler doch von seinem Standpunkt auch als eine bessere ansieht, als die vorjährige.

Dieser ganze Hergang beweist, wie überaus schwierig die Materie ist und wie verfehlt es ist, daß man, wenn die Verhandlung lange dauert, irgend einer Seite dieses Hauses, und wenn es auch die konservative und die Centrumspartei ist, daraus einen Vorwurf macht. Der Herr Reichskanzler hat ja aber auch selbst gewissermaßen diesen Vorwurf gemildert; er sagt: mein Gesundheitszustand erlaubt mir nicht, immer so gründlich die Fragen zu studiren, wie ich möchte. Gewiß, meine Herren, wir wissen ja, daß der Gesundheitszustand des Herrn Reichskanzlers im Dienste des Vaterlandes diese Erschütterung, diese Einbuße erfahren hat, aber, meine Herren, Sie dürfen uns darum doch auch nicht übelnehmen, wenn wir daraus den Schluß ziehen, daß, wenn der Herr Reichskanzler nach seiner eigenen Mei-nung nicht immer die volle Arbeitskraft an die Ausharbeitung eines solchen Entwurfs zu setzen im Stande ist, wir nun unfererseits um so mehr und um so gewissenhafter verpflichtet sind, unsere gesunde Arbeitskraft an die eingehende Prüfung seiner Vorlagen zu setzen, damit nicht das Wohl des Vaterlandes und der Arbeiter unter dem schwankenden Gesundheit-zustand des Herrn Reichskanzlers leidet und Vorlagen zu Stande kommen, von denen der Herr Reichskanzler später vielleicht selbst wie jetzt offen anerkennt, daß sie das richtige und nützliche nicht treffen.

Nun hat der Herr Reichskanzler die unter dem Vorstich seines Freundes, des Freiherrn von Malbahn-Giltz getagt hat. Herr von Malbahn-Giltz hat vor Ostern hier die Erklärung abgegeben, die Kommission mache keine Osterferien mit Ausnahme der Charwoche und der nächsten Tage nach Ostern, sie werde auch fortarbeiten, wenn das Plenum auseinandergegangen ist. Diese Er-klärung des konservativen Vorstehenden wurde im Hause mit Beifall aufge-

nommen. Die Kommission hat auch fortgearbeitet, sie hat alle ihre Kräfte daran gesetzt, und nur die Schwierigkeit der Materie — darin muß ich wiederum die konservativen Herren gegen den Herrn Reichskanzler in Schutz nehmen — hat es bisher verhindert, daß die Arbeiten weiter vorgeschritten sind. Aber ist es denn überhaupt wahr, daß die Arbeiten nicht genügend fortgeschritten sind? Nein! Die gestern erschienene „Provinzialkorrespondenz“ hat das gerade Gegenteil des Herrn Reichskanzlers bekundet. Der Herr Reichskanzler hat einmal gesagt: er schreibe die „Provinzialkorrespondenz“ nicht, wahrscheinlich hat doch der der Unfallversicherungsfrage zunächst stehende Minister — denn die Minister haben ja die Verantwortlichkeit für die „Provinzialkorrespondenz“ übernommen — den betreffenden Artikel in die „Provinzialkorrespondenz“ gebracht und man muß annehmen, daß also zunächst der Ressortminister in der Frage doch vielleicht sachverständiger ist als der Herr Reichskanzler in Folge seiner vielen Arbeiten. Dieser nächste Ressortminister hat also die Kommission in der „Provinzialkorrespondenz“ vollständig freigesprochen schon gestern von den Vorwürfen, die der Herr Reichskanzler ihr heute gemacht hat. Ich bin auch der Meinung, daß auf der Grundlage des Antrages des Herrn von Hertling die Vorlage allerdings zu Stande kommen wird, was wir von unserem Standpunkt als äußerst bedenklich und schädlich halten.

Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen, die sich mehr an das Sozialistengesetz selbst anschließen. Ich hatte diesen Morgen die Ehre, auszuführen, daß die ganze Stellung, die die Regierungen in den sozialistischen Fragen einnehmen, die Bekämpfung des Sozialismus im höchsten Maße erschwere, und unter diesem Eindruck stehe ich noch mehr nach der heutigen Rede des Herrn Reichskanzlers. Der Herr Reichskanzler hat heute offen das Recht auf Arbeit proklamiert. Der Herr Abgeordnete von Münnigerode hat gestern von der Junischlacht der Sozialisten gesprochen, welche im Jahre 1848 in den Straßen von Paris ausgekämpft wurde.

*) Diese am Tage vor der Kanzlerrede unter Verantwortlichkeit des Ministeriums erschienene „Provinzialkorrespondenz“ ertheilt der Kommission zur Berathung des Unfallversicherungsgesetzes die nachfolgenden Vorkprüche: „Nach Allem, was über den Gang der in der Reichstagsberathung bisher bekannt geworden ist, darf auf einen günstigen Verlauf dieser Angelegenheiten gehofft werden. Schon jetzt läßt sich absehen, daß die auf die Ausarbeitung und Durchberatung der Entwürfe von 1881 und 1888 verwendete Zeit und Mühe keine verloren gewesene ist. An ihrem Theil haben die früheren Arbeiten wesentlich dazu beigetragen, daß die Meinungen über den schon wegen seiner Neuheit schwierigen Gegenstand genügend geklärt worden sind, um die diesmaligen Berathungen zu erleichtern und der Nichtigkeit der Grundzüge des Entwurfs die gehörige Anerkennung zu verschaffen. Ist das bisherige Resultat doch dieses gewesen, daß die leitenden Gedanken der ausschließlichen statischen Versicherung, der korporativen Organisation der die Versicherung tragenden Berufsgenossenschaften und des Umlageverfahrens gebilligt worden sind, und daß die Mehrheit der von der Kommission beschlossenen Abänderungsvorschläge sich dem System einfügt, für welches die verbündeten Regierungen sich entschieden hatten.“

Nun, meine Herren, zu dieser Junischlacht hat gerade die Forderung der Anerkennung des Rechts auf Arbeit Veranlassung gegeben. Das ist historisch bekannt. Dieser Kampf um das Recht auf Arbeit hat die Straßen von Paris mit Blut überschwemmt und auf lange Zeit hinaus Frankreich auf das tiefste erschüttert. Während Herr von Münnigerode die Kämpfer jener Schlacht als verabscheuungswürdig hinstellt, ist es der Herr Reichskanzler, der diese Kämpfer freispricht, indem er das, wofür sie gekämpft haben, heute als sein Ziel in der Sozialpolitik hinstellt, das Recht auf Arbeit. Was heißt denn das, Recht auf Arbeit? Das heißt: Jedermann, der im Stande ist zu arbeiten, ist der Staat verpflichtet, auch eine lohnende Arbeit zuzuweisen. Wenn der Staat die Verpflichtung übernimmt, so muß der Staat auch in der Lage sein, große Unternehmungen zu organisiren, so muß der Staat als Unternehmer in Konkurrenz treten mit den Privaten. Das Recht auf Arbeit ist die Organisation der Produktion und des wirtschaftlichen Lebens durch den Staat. Das Recht auf Arbeit ist konsequent durchgeführt der sozialistische Staat! (Sehr gut!) Dann besteht allerdings kaum ein Unterschied mehr zwischen den Anschauungen des Herrn Reichskanzlers und der Sozialisten, als daß jener die Monarchie für die Leitung des Staats erhalten will und daß jene dem Staat die republikanische Form geben wollen. Der Herr Reichskanzler erweckt durch solche hier fast beiläufig gemachte Bemerkungen Vorstellungen und Ansprüche in den arbeitenden Klassen, die eine Tragweite haben, kaum zu übersehen. Was aber wird im Verhältnis zu den Erwartungen und Hoffnungen dasjenige, was als Abschlagszahlung geboten wird? Wir haben gehört, wie schwierig es ist, auch nur das Unfallversicherungsgesetz zu Stande zu bringen. Man hat die Bedeutung desselben so weit hinaufgeschraubt. Aber was bedeutet es denn praktisch? 16 Millionen Mark jährlich an zwei Millionen Arbeiter als Unfallentschädigung. Herr Descheler, der dem Herrn Reichskanzler auch freundlich nahesteht, hat uns vorgerechnet, daß 12 Millionen von diesen 16 Unfallentschädigung schon jetzt auf der Grundlage des Haftpflichtgesetzes und freiwilliger Leistungen für die Arbeiter aufgebracht werden. Das ganze, was der Herr Reichskanzler mehr bietet, ist also 16 Millionen minus 12 Millionen gleich 4 Millionen Mark, und diese 4 Millionen sollen zum größten Theil die Arbeiter selbst ausbringen in Form der Krankenkassenbeiträge. Das ist also bei Licht und zahlenmäßig angesehen alles — das Einzige im Vergleich zu den Problemen und zu den Zielen, die der Herr Reichskanzler den Arbeitern gegenüber hinstellt.

Er ergänzte bei der ersten Lesung des Sozialistengesetzes die Darstellung seiner Ziele noch, indem er hinwies auf die Verminderung der Exzessen. Ja der Exzessor lebt heute noch so vergnügt wie damals und er bekommt durch das neue Krankenkassengesetz und durch ähnliche Zwangsgesetze nach vielen Nüchternungen so viel neue Arbeit, daß wahrscheinlich, wenn die Zwangsgesetzgebung erst einigermaßen in Gang kommt, er künftig viel mehr zu thun hat, als es für ihn ausmacht, daß 20 Millionen Mark an Klassensteuer erlassen sind.

Der Herr Reichskanzler sprach bei der ersten Lesung des Sozialisten-

gehet von seiner Entlastung der Armen, von seiner Steuerreform; er meinte zwar eigentlich, die Steuer übertrüge sich im Wege der Ueberwälzung. Eine eigenthümliche Theorie, dem widersprechend, was er uns bei anderer Gelegenheit auseinandergesetzt hat, daß die Miethsteuer in Berlin von den Arbeitern getragen würde. Wäre die Theorie der Ueberwälzung richtig, so würde ja die Miethsteuer wie jede indirekte Steuer übertragen. Der Reichskanzler bezweifelte, daß Petroleumzoll, Tabacksteuer und Getreidezoll die Presse trügen. Ja, ich will jetzt das Haus nicht mit langen Berechnungen aufhalten, aber das weiß jeder Arbeiter, wenn er heute ein Bäckchen Rippentaback mit 50 Pfennigen bezahlt, was es früher mit 30 gab, und sein Bäckchen Ohlauer mit 60 Pfennigen statt früher 37 Pfennigen bezahlt, so weiß er, daß das ein Aufschlag ist, der für ihn das vollständig aufwiegt, bei jedem Bäckchen schon, was ihm bei der monatlichen Klassensteuer erlassen ist.

Die Methode der Agitation ist es besonders, die man den Sozialisten zum Vorwurf macht, die Methode, in der sie ihren Zielen zustreben, und da muß ich doch sagen, daß die Methode des Herrn Reichskanzlers mit der sozialistischen Methode doch mehr Aehnlichkeit noch hat, als seine Ziele Verwandtschaft mit den sozialistischen haben.

Der Herr Reichskanzler hat — ich habe heute morgen das schon ausgeführt und möchte mir in seiner Gegenwart erlauben, das zu wiederholen (oh! oh! rechts) — es dauert gar nicht lange, die Briefe des Herrn Reichskanzlers, von denen ich spreche, sind so kurz abgefaßt, daß es wenig Zeit in Anspruch nimmt, darüber zu sprechen.

Bassalle begann seine Agitationen damit, daß er sich an die Mehrheit der Arbeiter wandte, ihnen vorrechnete: Ihr seid die Mehrheit, Ihr werdet ausgebeutet von den übrigen, der Staat seid Ihr, geht hin und wählt, und dann wird Euch mehr Recht zu Theil werden. Genau diese Methode befolgt der Herr Reichskanzler fast wörtlich in seinen Briefen, z. B. in seinem Brief: Friedrichsruhe, den 11. März 1884. Er sagt darin den Landleuten, sie seien die Mehrheit, sie seien nicht zu ihrem Recht gekommen im Staate, sie sollten sich zusammenschließen, sie sollten wählen, dann würden sie zu ihrem Recht kommen.*) In

*) Der erwähnte Brief an den Bauern Harroß in Oberlind lautet wörtlich: „Friedrichsruhe, 11. März 1884. Ew. Wohlgeboren freundliche Begrüßung habe ich mit verbindlichem Dank erhalten. Die Ausbreitung der bäuerlichen Kreise in allen Theilen des Reichs bildet eins der wirksamsten Mittel zur Abwehr der Schädigung und Ausbeutung, welcher die produktive Arbeit im Vaterlande durch die unproduktiven politischen Parteien und deren gegenseitige Bekämpfung ausgezehrt ist. Die wirtschaftliche Wohlfahrt der Nation ist bei dem Kampfe der politischen Parteien um die Herrschaft im Reichstage nicht beteiligt, die Pflichten dieser Wohlfahrt der Nation aber die vorwiegende Sorge der verbundenen Regierungen, welche in kaiserlichen Boten ihren Ausdruck gefunden hat. Die Wohlfahrt der großen Mehrheit der Bevölkerung des Deutschen Reiches hängt unmittelbar von dem Gedeihen unserer Landwirtschaft ab; es kommt nur darauf an, diese Mehrheit der Interessen der Majorität des deutschen Volkes zum Bewußtsein und diese Mehrheit bei den Wahlen zum legalen Ausdruck zu bringen, um unsere

einem Briefe, der Berlin, den 20. Februar 1883 datirt ist an einen Bauernverein in Bentheim, ist ebenfalls ein in der sozialistischen Agitation üblicher Ausdruck gebraucht, die Landleute sollen sich von der Bevormundung und Ausbeutung durch andere Klassen freizumachen suchen. (Hört! hört! links). Herr Welbel hatte ganz recht, als er dem Herrn Reichskanzler vorwarf, daß er sich mehr und mehr die Ausdrücke auch der Sozialisten angewöhne. — In diesem Briefe aus Friedrichsruhe vom 11. März 1884, in den Meinungsreichen Wahlkreis, also in einen Zustand der Erregung gesandt, fordert der Herr Reichskanzler auf „zur Abwehr der Schädigung und Ausbeutung, welcher die produktive Arbeit des ganzen Vaterlandes durch die unproduktiven politischen Parteien und deren gegenseitige Bekämpfung ausgezehrt ist. Die wirtschaftliche Wohlfahrt der Nation ist bei dem Kampfe der politischen Parteien um die Herrschaft im Reichstage nicht beteiligt.“ (Hört! hört! links). Das ist derselbe Vorwurf gegen die politischen Parteien, den die Sozialisten von ihrem Standpunkte aus den parlamentarischen Parteien hier machten. Auch heute hat der Herr Reichskanzler, wenngleich nicht in dieser drastischer Form, uns nicht allzu ehrerbietig behandelt, indem er davon sprach, daß im Parlamente der Parteikampf den Blick auf das Ganze hindere, daß alle Reden nichts nützen, sondern die Fraktionen den Fraktionsführern folgten. Ach, Herr Reichskanzler, wenn das wahr wäre! (große Heiterkeit) wenn die Mitglieder einer Fraktion den Führern nur so folgten, wie ich will nicht sagen, seine Beamten, sondern wie seine Minister ihm folgen!

Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat gestern einen Brief an das Haus übermittelt. Es wurde darüber von der Geschäftsordnungs-Kommission unmittelbar vorher berichtet, ehe wir über das Sozialistengesetz beratheten. Da theilte uns der Herr Reichskanzler mit, daß an irgend einem Orte ein Müller einem Dienstknecht gesagt hat: alle Gesekgeber sind Lumpen und Spitzbuben, — und der andere gesagt hat: das ist wahr. (Heiterkeit.) Nun fordert der Herr Reichskanzler uns auf, wir sollen den Mann bestrafen lassen. (Widerspruch rechts.) — Er hat es uns anbelegestellt oder den Strafantrag mitgetheilt, um den Beschluß herbeizuführen.“ (Widerspruch rechts.) Es ist doch für wichtig gehalten worden. Meine Herren, der Herr Abgeordnete Meyer als Referent hätte seinem ausführlischen Bericht noch einen Grund hinzufügen können, daß, wenn der Herr Reichskanzler so, wie in seinem Briefe aus Friedrichsruhe, davon spricht, daß die wirtschaftliche

Gesekgebung nach den Bedürfnissen der Mehrheit des Volkes und den Bestrebungen S. M. des Kaisers einzurichten. In dieser Ueberzeugung begriffe ich mit Freuden die wachsende Ausdehnung des Reiches der bauerlichen Bevölkerung über das Reich und jede Aeußerung des Selbstbewußtseins, mit dem sie die Vertretung ihrer Interessen in eigene Hand nehmen. v. Bismarck.“
*) Als erster Gegenstand der Tagesordnung in der vorhergehenden Sitzung beschäftigte den Reichstag ein Schreiben des Reichskanzlers betreffend die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Müllers Jakob Tafelmayer zu Liebermühle und des Dienstknechts Mathias Hublocher zu Mosen wegen Beleidigung des Reichstages durch die Aeußerung „Die Gesekmacher sind lauter Lumpen und Spitzbuben“. Auf den Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission (Referent: Abg. Dr. Meyer-Salle) beschloß der Reichstag die Genehmigung zur Verfolgung zu versagen.

Wohlfahrt der Nation bei dem Kampfe der politischen Parteien um die Herrschaft im Reichstage nicht theilhaftig ist, man es dem Müller und dem Dienstknecht in ihrer derben Sprachweise nicht übel nehmen kann, wenn sie sagen, es sind ja alle Gesetze Lumpen und Spitzbuben. (Sehr wahr! links.) Denn ein solches Wort von solcher Stelle aus gesprochen: „den politischen Parteien liegt nichts am allgemeinen Wohl, diese haben Fraktionsinteressen, sie führen den Kampf nur um die Herrschaft, sie wollen nur ausbeuten,“ — ein solches Wort an der Stelle gesprochen, wahrlich, da darf man auf die armen Leute keinen Stein werfen, die danach zu solcher Schlussfolgerung kommen, daß wir Abgeordneten den Verbrechern hier näher stehen, als anderen. (Bravo! links, Widerspruch rechts.)

Der Herr Abgeordnete von Koller glaubte heute den Sozialisten eine kleine Rede halten zu können, daß sie den Richterstand schwächten, und daß sie über die richterlichen Urtheile so verkehrend und wegwerfend denken. Nun, meine Herren, es ist wahr, ein sozialistischer Abgeordneter hat sich neulich in sehr starken Ausdrücken ergangen, indem er den Richtern vorwarf, daß sie aus politischen Gründen zu hart bestrafen. Aber er ist darin auch nur dem Beispiele des Herrn Reichskanzlers gefolgt, der in der bekannten Sitzung im März 1881 zum Antrag Wendel in ebenso scharfen Worten den Richtern den Vorwurf machte, daß sie in Folge ihrer politischen Parteilichkeit zu mild urtheilten, wenn Beschuldigungen gegen ihn, den Reichskanzler, in Frage kämen.* (Hört! hört! links.)

Meine Herren, der Herr Reichskanzler kann es nun auch den Sozialisten nicht übel nehmen, wenn sie manchmal gegen Behörden nicht die wünschenswerthe Haltung zeigen. Heute hat der Herr Reichskanzler gesprochen von der Polizeiverwaltung in Berlin im Sommer 1866 in einer Weise, daß man annehmen muß, damals habe entweder ein pflichtwidriger oder durchaus unfähiger Polizeipräsident an der Spitze der Verwaltung von Berlin gestanden, denn ein Polizeipräsident, dessen Beamten Sympathien Emdgeben für einen Menschenmörder, der Karrikaturen oder Preßerzeugnisse, die dieses Attentat glorifizierten, nicht zu verhindern versteht, der hätte doch nicht verdient, einen Tag länger im Amte zu sein. (Sehr wahr! links. Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ganz meine Meinung!) — Der Herr Reichskanzler meint, das sei auch seine Meinung. Ja, meine Herren, dieser selbe Polizeipräsident von damals ist meines Wissens noch heute als Regierungspräsident in Köln im Amte. (Hört! hört! links.) Wenn der Herr Reichskanzler diese Meinung von dem Manne hat, — es ist Herr von Bernuth in Köln, — wares dann mit der Rücksicht gegenüber dem Manne, der doch jetzt noch, achtzehn Jahre später, im Dienst des Königs ist und dem bisher niemals

*) Am 3. März 1881 sagte der Reichskanzler im Reichstage, ohne irgend welchen thatsächlichen Beweis dafür anzutreten, wörtlich: „Ich habe schon öfter die Anspielung gemacht, daß ich als Minister mitunter in meinem Leben die Erfahrung gemacht habe, daß ich vor Gericht nicht mit vollkommen gleichem Maße bemessen werde. Aus anderen Gründen kann diese von mir bemerkte Parteilichkeit nicht hervorgehen.“

ein solcher Vorwurf gemacht worden ist, — der Mann ahnt in diesem Augenblick nichts davon, — zu verurtheilen, ein solches Urtheil, das ihn morgen in seiner Stellung unmöglich macht, hier über seinen Kopf weg öffentlich zu äußern? Das ist das Härteste, was einen Mann treffen kann, einen Mann, der — so viel ich weiß — durch und durch Konservativ und ein durchaus ergebener Bewunderer des Herrn Reichskanzlers, selbst ist.

Der Herr Reichskanzler hat heute auch ein Wort über den früheren Kriegsminister von Kamcke gesprochen, von dem ich auch nicht glaube, daß es gerade geeignet ist, auf dessen Amtswirksamkeit ein richtiges Licht zu werfen. Er hat gewissermaßen die Sache so dargestellt, als ob der Stand des Herrn von Kamcke als Ingenieur, als Techniker die Vorlage eines an sich notwendigen Dynamitgesetzes verhindert hätte.

Es ist im angeführten Falle dem Polizeipräsidenten von Berlin nicht anders ergangen, als wie es eigentlich der hiesigen städtischen Verwaltung von Seiten des Herrn Reichskanzlers in der Regel geschieht. Der Herr Reichskanzler hat bei der ersten Berathung gerade des Sozialistengesetzes geäußert, die Aufsichtsbehörden über die städtische Verwaltung in Berlin schienen nicht ihre Schuldigkeit zu thun, nicht diejenige Pflicht zu erfüllen, die jeder Landrath einem Schützen gegenüber wahrnimmt, denn sonst könnte es nicht vorkommen, daß die Armenverwaltung nicht eintritt, während Personen aus Mangel an Erziehungsmitteln in den Selbstmord getrieben, obdachlos würden und dergleichen. Es muß ein solcher Vorwurf ein sehr ungünstiges Licht auf die Stadt Berlin werfen und wahrlich die Stellung der städtischen Behörden in dem an Sozialdemokraten so reichen Berlin nicht verbessern. Freilich, es war das auch nur ein Angriff, der sich anreichte an jene Angriffe im Jahre 1881 gegen die Unparteilichkeit der Berliner Steuererschätzungskommissionen. Unvergessen ist das Wort, wie der Herr Reichskanzler sagte, der Oberbürgermeister von Berlin könne sich wohl den Unarungen des Fortschrittsringes nicht entziehen, weil eine Steuerbehörde ihn — ich glaube, es handelte sich um einen Betrag von 3 Mark 60 Pfennig — in der Schätzung der Pferdesteuer zu hoch bemessen hätte.*) Meine Herren, ich würde diesen Fall nicht erwähnt haben, wenn wir jetzt nicht die Wahrnehmung machten,

*) Als der Reichskanzler im Frühjahr 1881 im Reichstage die Anklage gegen die Berliner Kommunalverwaltung erhob, daß sie aus politischer Uebersicht gegen ihn seine Dienstwohnung zu hoch in der Miethsteuer veranlagt habe, und anknüpfend daran ein die Höhe der Steuererschätzung von Miethwohnungen begrenzendes Gesetz durchbrachte, beschuldigte der Kanzler nebenbei auch den Oberbürgermeister von Fontenay am 30. April 1881, daß er ihn, den Reichskanzler bei der Umlage der Kosten der Abwehr der Viehseuchen mit einer zu hohen Anzahl von Pferden eingeschätzt habe, „weil er nicht alles übersehen“ und „gegen den bestehenden Ring nicht aufkommen könne.“ Der Oberbürgermeister wies darauf nach, daß der Kanzler genau nach den Angaben seines Stallknechts als des Stellvertreters für Hausangelegenheiten in des Kanzlers Abwesenheit in Bezug auf die Pferdezahl veranlagt worden sei und auch gegen diese Veranlagung innerhalb der gesetzlichen Frist nicht reklamiert habe. Der ganze Steuerbetrag, welcher vom Fürsten Bismarck erhoben sei und hinsichtlich dessen er Ueberbürdung aus politischen Gründen, muthmaße, betrage nur 3 Mark 50 Pfennige.

daß diese Behandlung von Behörden anfängt, unter den Anhängern des Herrn Reichskanzlers Schule zu machen. Der Vertrauensmann des Herrn Reichskanzlers, Herr Gremer, ist mit jenem System von Anschuldigungen dieser Art nur in die Fußstapfen des Herrn Reichskanzlers getreten. Allerdings, die städtischen Behörden haben die Bemühtung, in diesen Tagen erfahren zu haben, daß nach amtlicher Untersuchung und Feststellung alle jene Gewebe von Anschuldigungen gegen die städtischen Steuerbehörden jedes Inhaltes entbehren. Leider haben wir keine Behörde, die auch solche Untersuchungen anstellt, wenn der Herr Reichskanzler solche Anschuldigungen erhebt, ich bin überzeugt, sie würde auch herausfinden, daß die Anschuldigungen gegen die Armenverwaltung in Berlin, ebenso wie gegen die Steuerverwaltung in Berlin, jeden Inhaltes entbehren.

Der Herr Reichskanzler ist dann heute zu sprechen gekommen auf die **Stellung der Fortschrittspartei im Jahre 1866**. Er hat zunächst gesprochen davon, daß die Fortschrittspartei kein Geld zum Kriege hätte bewilligen wollen. Nun, meine Herren, da diese Anschuldigung immer wiederkehrt, so gestatten Sie mir, ein für allemal hervorzuheben, daß der Landtag damals im Jahre 1866 schon im Februar geschlossen wurde, (hört! links) also zu einer Zeit, wo von Krieg und von Kriegsausfällen noch gar keine Rede war, und daß eine parlamentarische Körperschaft für Kriegszwecke vor dem Friedensschluß im Jahre 1866 überhaupt niemals angegangen worden ist; (hört! hört! links) alles, was der Herr Reichskanzler behauptet, beschränkt sich auf eine meines Erachtens verdrehte und aus dem Zusammenhang gerissene Aeußerung, die der Herr Abgeordnete Zwecken damals in einer Volksversammlung gemacht hat. Ja, meine Herren, wenn der Herr Reichskanzler Einsicht nehmen will von einem Zirkular, das die Fortschrittspartei unmittelbar vor Ausbruch des Krieges am 20. Juni zur Vorbereitung der Wahlen am 3. Juli herumgeschickt hat, so wird er darin umgekehrt finden, daß es dort heißt, unterzeichnet von Runge:

Das Geschehene kann nicht wieder ungeschehen gemacht werden und so muß der Krieg jetzt geführt werden, auf welche Weise er auch entstanden sei.

Meine Herren, daß damals die Fortschrittspartei zaudernd, bedenklich war, Beforgnisse hatte vor einem Kriege, der, man mag sagen, was man will, doch immer ein deutscher Bürgerkrieg war, das wird ihr niemals zum Vorwurf gereichen, (sehr wahr! links) und ich meine, es wäre besser, wenn die Erinnerungen an jene Zeiten in Rücksicht darauf, daß wir uns hier nicht im altpreussischen Landtag, sondern im deutschen Reichstag befinden, nicht ohne Noth jedesmal wieder aufgefrischt würden. (Sehr richtig! links.) Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat einmal zu einer anderen Zeit dem Herrn Abgeordneten Virchow gegenüber ein anderes Urtheil gefällt über die Haltung der Fortschrittspartei vor dem Jahre 1866. Er sagte am 5. April 1876 im Abgeordnetenhaus wirklich nach einer Rede des Abgeordneten Virchow:

„Ich erkenne meines Erachtens, ich habe Objektivität genug, um mich in den Sdeengang des Abgeordnetenhauses von 1862 bis 1866 vollständig einzufinden zu können, und ich habe die volle Achtung vor der Entschlossenheit, mit der die damalige preussische Volksvertretung das, was sie für recht

hielt, vertreten hat. (Hört, hört! links.) Daraus mache ich Niemand einen Vorwurf. Sie konnten damals nicht wissen, wo meiner Ansicht nach die Politik schließlich hinausgehen sollte. Ich hatte auch keine Sicherheit, daß sie faktisch dahin hinausgehen würde, und Sie hatten auch das Recht, wenn ich es Ihnen hätte sagen können, mir immer noch zu antworten: es steht das Verfassungsrecht unseres Landes höher, als seine auswärtige Politik. Da bin ich weit entfernt gewesen, gegen Jemand einen Vorwurf daraus zu machen, oder bin es wenigstens jetzt, wenn auch in der Leidenschaft des Kampfes ich es nicht immer gewesen sein mag.“ (Hört! links.)

Ich meine, nur die Leidenschaft des Kampfes kann es entschuldigen, wenn im Gegensatz zu der gerechten Anerkennung, die sich in dem Verlesenen von Seiten des Herrn Reichskanzlers findet, solche Angriffe gegen die Fortschrittspartei im parlamentarischen Leben jetzt bei ihm wiederkehren.

Dann hat der Herr Reichskanzler es so dargestellt, als ob jener menschenliche Versuch, jenes **Attentat des jungen Blind** irgendwie von Sympathien der Fortschrittspartei, der parlamentarischen oder außerparlamentarischen, getragen worden sei. Meine Herren, ich habe jene Zeit auch hier in Berlin mit durchlebt, ich habe mich heute noch nach der Rede des Kanzlers bei allen unterrichtet, die sich jener Zeit erinnern, es ist das durchaus nicht der Fall gewesen. Die Beurtheilung jenes Attentats ist auf allen Seiten dieselbe gewesen; es war ein ebenso stichwürgelbes, ein ebenso zu verachtendes Attentat eines wahnsinnigen Kopfes, wie ähnliche politische Attentate leider in der Geschichte aller Länder sich wiederholt haben. Was der Herr Reichskanzler von den Kränzen erzählt, — wen ich hier danach gefragt habe, wußte nichts anderes, als daß allerdings dieser oder jener Verwandte sich soll veranlaßt gesehen haben, einen Kranz auf dem Kirchhof niederzulegen. Die Fortschrittspartei hat absolut mit der Sache nichts gemein, und wenn der Herr Reichskanzler im Stande wäre, Namen und Thatsachen zu nennen, so würden wir uns für verpflichtet halten, so weit wir das nach 18 Jahren können, festzustellen, daß niemand, der damals irgend Beziehungen hatte zur Fortschrittspartei, mit dem Attentat in irgend welcher Beziehung stand. Meine Herren, es ist schon freiwillig genug, wenn Attentate mit politischen Parteibestrebungen überhaupt im Zusammenhang stehen, und wahrlich haben wir keine Ursache, Attentate noch mehr in Zusammenhang damit zu bringen, als wirklich zutrifft.

Da der Herr Reichskanzler aber einmal von der Zeit vor 1866 sprach, so muß es mir auch gestattet sein, in Anknüpfung gerade an das Sozialistengesetz auch an die damaligen Beziehungen des Herrn Reichskanzlers wieder zu erinnern zu den Sozialisten. Meine Herren, die Sozialisten sind in Deutschland nicht älter, als das Ministerium des Fürsten Bismarck; die Sozialistenpartei ist gewachsen und die Macht des Fürsten Bismarck ist gewachsen, die Sozialistenpartei wie ein Schatten des Herrn Reichskanzlers. Ob und wie weit ein Zusammenhang mit der Regierungsmethode des Fürsten Bismarck dabei besteht, darüber wird erst die Zukunft unparteiisch urtheilen können. Aber der Herr Reichskanzler hat bei dem ersten Entstehen der sozialistischen Bewegung

wahrscheinlich nichts gethan, um ihre Anhänger abzuschrecken. Hätte der Herr Reichskanzler damals eine auch nur den zehnten Theil ähnliche Sprache gegen die Sozialisten geführt, wie er und seine Minister sie heute gegen die Sozialisten führen, wer weiß, ob die sozialistische Bewegung irgendwie einen solchen Umfang jemals hätte gewinnen können. Aber da war Ferdinand Lassalle für den Herrn Reichskanzler ein Mann, mit dem man sich unterhalten kann wie mit einem „interessanten Gutsnachbar.“*) Da berief Lassalle sich in seinen Reden vor Gericht und in den Versammlungen in Solingen auf den Kanzler und dessen Zustimmung zu seinen Projekten. Das trieb manche Zweifelhafte in das Lager Lassalles. Mancher wußte nicht recht, wie die Regierung dazu stand; und war unschlüssig in der Stellung, die man bei der Bewegung einnehmen sollte. Und als Lassalle gestorben war, da war es wieder Fürst Bismarck, der zuerst eine Assoziation der Weber mit Staatsunterstützung praktisch ins Leben führte, ein Vorgang, der von den Sozialisten ausgebeutet wurde zur Unterstützung ihrer Agitation. Und nach 1866? Nun, Herr Bebel, der heute hier ist, hat es im Reichstage schon einmal behauptet, daß die Ausbreitung der Sozialistenpartei durch von Schweiker im Dienste und im Zusammenhange mit den Behörden gestanden hat und daß die sozialistische Bewegung zu jener Zeit künstlich in Berlin großgezogen worden ist, bis sie dann später allerdings verstanden hat, selbstständig Wurzel zu fassen.**) Der Minister Graf zu Eulenburg hat es uns ja im Jahre 1876 im Abgeordnetenhaus zugegeben, man habe damals die sozialistische Bewegung gehen lassen, die Frucht sei noch nicht reif gewesen, man habe sie erst reif werden lassen, um zu sehen, was daran sei, und um sie dann zu pflücken. Das erinnert ungefähr an die spätere Erkenntniß, die in der letzten Zeit dem Herrn Minister des Innern von Buttkeamer in Bezug auf die sozialistische Bewegung gekommen ist bei den Stadtverordnetenwahlen. (Heiterkeit links.) Bei den Stadtverordnetenwahlen war für den Herrn Minister zuerst nur der vierte Stand, die Arbeiterpartei vorhanden; erst später, sagte er, haben sie sich als Sozialisten demaskirt, und deshalb

*) Fürst Bismarck sagte am 17. September 1878 im Reichstage: „Lassalle selbst hatte ein dringendes Bedürfnis mit mir in Beziehung zu treten, und wenn ich einmal Zeit gefunden haben werde, in alten Papieren zu suchen, glaube ich die Briefe noch zu finden, welche den Wunsch ausdrücken, die Gründe enthalten, die mich bewegen sollten, seinen Wunsch zu erfüllen und ich habe es ihm auch garnicht schwierig gemacht. . . . Er war nicht der Mann, mit dem bestimmte Abmachungen über das do mit des abgepflochten werden konnten, aber ich bedauere, daß seine politische Stellung und die wichtige mir nicht gestatteten, viel mit ihm zu verkehren, aber ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieser Wenaung an d geistreichen Natur als Gutsnachbar zu haben.“

**) In der Reichstagsitzung vom 9. Dezember 1875 erklärte Bebel: „Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, wir aber wissen es, daß der Dr. von Schweiker, der Sozialistenführer im Geheimen ein politisches Werkzeug der preussischen Regierung war; und nach unserer Ueberzeugung ist dem Abgeordneten von Schweiker damals (Ende 1868) aus dem Grunde ein Urlaub (im Gefängniß) bewilligt worden, weil er unter radikaler Maske der Regierungsaagenten spielte, mit anderen Worten ein politischer Lump war, während die Abgeordneten Hasenklever und Most als brave Männer im Gefängniß bleiben mußten.“

jetzt die verschiedene Behandlung. In dem kleinen Zeitraum weniger Monate wiederholt sich also derselbe Gegensatz in der Stellung, der bei dem früheren Minister des Innern zum Ausdruck kam innerhalb einer längeren Periode. Das damalige Verhalten des Herrn Reichskanzlers zu den Sozialisten steht mit dem heutigen Verhalten des Herrn Reichskanzlers durchaus im Einklang. Aus der ganzen heutigen Rede des Herrn Reichskanzlers muß jeder Unbefangene den Eindruck gewinnen, daß es dem Herrn Reichskanzler weit mehr um Bekämpfung der Fortschrittspartei oder der freisinnigen Partei zu thun ist, als der Sozialdemokratie, (sehr richtig! links) daß nicht das Sozialistengesetz das eigentliche Ziel seines Angriffes ist, sondern indem er schloß, wer die Sozialisten bekämpfen will, wähle vor allem keine freisinnigen oder fortschrittlichen Abgeordneten, daß seine Angriffe ein höheres Ziel haben, daß sie jetzt, wie damals, gegen uns gerichtet sind. Freilich, verständlich ist es ja, der Herr Reichskanzler will ein Armeekorps im Rücken der Liberalen formirt haben, die Sozialisten. Wir sollen unsere Kräfte theilen, wir sollen gegen reaktionäre Bestrebungen nicht unsere volle Kraft einsetzen können, wir sollen gespalten werden, indem wir im Rücken die Sozialisten haben. Damals war ein solches Interesse vorhanden, den Liberalismus zu spalten, und heute scheint mir genau dasselbe Interesse vorhanden zu sein, das in erster Reihe die politische Haltung des Reichskanzlers bestimmt.

Wie wäre sonst auch die eigenthümliche Stellung des Herrn Reichskanzlers zu den Anträgen Windthorst zu verstehen? Der Herr Abgeordnete Windthorst kommt dem Herrn Reichskanzler zu neunzehn Zwanzigstel des Weges entgegen, ja, ich bin überzeugt, Herr Windthorst würde auch dieses oder jenes Amendement noch fallen lassen, wenn er zu einer Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler kommen könnte. Der Herr Reichskanzler würde dann verfügen über eine große zuverlässige Majorität für das Sozialistengesetz. Der Herr Reichskanzler verschmäht diesen Weg, er sagt, entweder alles oder gar nichts, und er hat uns heut kein Hehl daraus gemacht, daß, wenn er nicht alles bekommt, der Wahlkampf und die Auflösung die Folge ist.

Meine Herren, was bedeutet eine Auflösung im Verhältniß zu den Sozialisten? Das bedeutet den erbitterten Kampf aller antisozialistischen Parteien unter einander, bei dem Niemand einen größeren Erfolg erntet, als die Sozialisten selber. (Sehr wahr! links.) In dem Maße, als Sie unsere Kräfte in Anspruch nehmen zum Kampf gegen konservative und reaktionäre Bestrebungen, erhalten die Sozialisten Lust. Eine Auflösung des Sozialistengesetzes bedeutet in jedem Falle mindestens die Verdoppelung der sozialdemokratischen Abgeordneten in der nächsten Session. (Sehr wahr! links.) Obgleich lehrt der Herr Reichskanzler es ab, daß eine Zwanzigstel am Sozialistengesetz nachzugeben und sich lieber eine Verdoppelung der sozialistischen Partei. Eine größere Stärkung als durch Vermehrung der Zahl ihrer Vertreter kann die sozialistische Partei nicht erfahren. Und wenn Sie drei Sozialistengesetze heute machen könnten, jene Wahlsiege der Sozialisten würden zu ihren Gunsten schwerer in die Waagschale fallen, als alle Sozialistengesetze sie beeinträchtigen könnten. Denn die Hebung des Muthes, die Stärkung ihres Bewußtseins ist eine außerordentliche, wenn

So trotz des Sozialistengesetzes und des Belagerungszustandes im Stande sind, solche Wahlstege zu erschaffen.

Darum, meine Herren, der Kampf hat jetzt eine ganz andere Front, als in der Diskussion bisher hervortrat, und es ist das Verdienst der letzten Rede des Herrn Reichskanzlers, darüber nach keiner Seite Meinungsverschiedenheiten haben bestehen zu lassen. Es ist dieselbe Geschichte, die sich wiederholen kann wie im Jahre 1878. Damals waren die Sozialisten in Folge der Entrüstung der Bevölkerung über die Attentate in überaus schlimmer Lage; da kam die Auflösung, der Kampf der antisozialistischen Parteien untereinander. Darüber wurden die Sozialisten frei, sie konnten Luft schöpfen und es gelang ihnen, nahezu dieselbe Zahl von Abgeordneten in den Reichstag zu bringen, die sie vorher hatten.

In jenen Tagen, als die Auflösung motiviert wurde mit dem Sozialistengesetz, da wurde jenes Steuerprogramm ausgearbeitet, über das uns seitdem das amtliche Dokument mitgeteilt worden ist. Es wurde damals im Juni 1878 jener Steuerplan ausgearbeitet, der hinausging auf eine Vermehrung der Steuerlast der Bürger um 100 Millionen Mark nach Abzug alles dessen, was kompensiert werden sollte durch Steuererlasse auf der anderen Seite. Dieses Steuerprogramm war viel mehr das Ziel der Auflösung als das Sozialistengesetz.

Als die Auflösung, als die Neuwahlen fertig waren, da gelang es dem Reichskanzler, dessen Steuerpolitik vor dem Attentate vollständig festzafassen, seine Steuerprojekte in gewissem Umfange zu verwickeln, und das Ergebnis ist, daß nach Abzug der Steuererlasse die Steuerlast in Deutschland heute tatsächlich im ganzen um 100 Millionen Vermehrt ist.

Meine Herren, es erlangte damals der Herr Reichskanzler auch jenes Mehrheitsverhältnis, nach dem er sich heute gewiß sehnt. Dem Herrn Reichskanzler wird es sehr schwer, mit einer Majorität auszukommen, sonst könnte er ja zufrieden sein. In diesem Reichstag hat er eine Majorität gebildet aus den Konservativen und dem Zentrum; aber der Reichskanzler möchte zwei Majoritäten haben zur Abwechslung: einmal die Konservativen und die Zentrumspartei und dann die Konservativen und die Nationalliberalen. Die Konservativen sind immer dabei, (Heiterkeit) aber zwischen Nationalliberalen und Zentrum wünscht er eine Abwechslung. Wer am wenigsten von ihm verlangt, mit dem macht er dann seine Politik. Nach jener doppelten Mehrheit sehnt sich der Herr Reichskanzler zurück. Er steht gar nicht so schroff dem Herrn Windthorst gegenüber, daß er mit ihm brechen will im Falle der Auflösung; gewiß nicht! Er wünscht ihm nur einen Konkurrenten zu schaffen, damit Herr Windthorst

*) Am 5. Juni 1878 hatte der preussische Finanzminister Herr Hübner ein schriftliches Votum in Betreff der Vermehrung der Steuern abgegeben. Aus diesem Votum, welches sein Nachfolger Bitter in einer dem Abgeordnetenhaus unter dem 20. Dezember 1880 mitgetheilten Denkschrift veröffentlicht hat (Drucksachen des Abg. S. 1880/81, Nr. 98.), ergibt sich das Verlangen nach 245 Millionen Mark neuer Reichssteuern, wovon 145 Millionen gaben verwandt werden sollten.

billiger wird. (Große Heiterkeit.) Darum erwacht bei dem Herrn Reichskanzler jetzt so plötzlich die Liebe zu den Nationalliberalen, er schnitt es gern in alle Rinden ein, (große Heiterkeit) und jeder Landrath halt es wieder, wie sehr er sich danach sehnt, auch eine aus Nationalliberalen und Konservativen gebildete Mehrheit zur Verfügung zu haben.

Meine Herren, wenn das gelänge, so muß jeder einsehen, wohin dann die Reise geht. Die Politik des Herrn Reichskanzlers ist ja immer eine offene, wenn nur immer alle glauben wollten, daß das, was er sagt, auch wirklich seine Absicht ist. Die Politik des Herrn Reichskanzlers ist in ihren Anfangslinien vorgezeichnet, allerdings nur so, daß man noch nicht offiziell sich dazu zu bekennen braucht. Seine Erklärung des Herrn Ministers von Puttkamer gegen das geheime Wahlrecht im Lande ist doch nicht ohne Zustimmung des Herrn Reichskanzlers geschehen, Seine Agitation, die sich jetzt für die Erhöhung der Getreidezölle erhebt — glaubt man, daß die im direkten Widerspruch mit dem Herrn Reichskanzler steht? Und alle die Pläne, die bisher nicht realisiert werden konnten, z. B. die Erhöhung der Holzölle! Der Herr Reichskanzler hat auch kein Hehl daraus gemacht in der Vorlage eines Verwendungsgesetzes für das Abgeordnetenhaus, daß, wenn er seine Pläne durchsetzen will in den Einzelstaaten, in Preußen, er dazu allein 180 Millionen Mark neue Reichssteuern brauchen würde. Die höhere Tabaksteuer ist nicht aufgegeben; zu seiner Liebe zum Monopol kehrt der Herr Reichskanzler sicher sofort zurück, wenn es praktisch möglich ist. Die Verfassungsfragen, die Frage der zweijährigen Perioden der Geldbewilligung werden alsdann wieder aufgenommen. Ja, in der Organisation der Unfallversicherung sehen wir schon die Linien vorgezeichnet, wie sich der Herr Reichskanzler die Interessenvertretung denkt. Ganz offen spricht er sich in seinen Briefen dahin aus, daß er an Stelle der politischen Parteien in den Reichstag seines Ideals eine Vertretung der Interessen setzen will. Der Herr Reichskanzler ist nach allen Seiten so geschäftig, wir sehen, wie er mit dem Bundesrath einen Kommentar ausarbeitet zur Begutachtung des freikunigen Programms, eine ganz ungewöhnliche Beschäftigung für den Bundesrath, (Heiterkeit) der sonst noch viel zu thun hat. Wer weiß, was für Pläne ihn in diesem Augenblicke — ich will nicht die Debatte darauf lenken — in Preußen noch beschäftigen. **Es handelt sich hier rund herausgesagt um die Machtfrage für die nächste Zukunft.** Wenn es zu Neuwahlen kommen sollte im Gefolge einer Abschaffung des Sozialistengesetzes, so mag man das überall beherzigen, daß alsdann weit mehr als das Sozialistengesetz in Frage steht. **Es wird sich dann in dem Wahlkampfe einzig und allein darum handeln, ob der Liberalismus in der nächsten Zeit in Deutschland noch eine Zukunft hat, oder ob es dem Herrn Reichskanzler gelingt, dem Liberalismus diese Zukunft zu verweigern.**

(Lebhaftes Bravo links. Zwischen rechts. — Wiederholtes lebhaftes Bravo links; wiederholtes Zwischen rechts.)

Nach der Rede des Abgeordneten Eugen Richter ergriff der Fürst Bismarck sofort wieder das Wort. Da nach der Rede desselben auf Antrag des Abgeordneten Windthorst bei der vorgedrückten Stunde die Diskussion geschlossen wurde so war es einem freisinnigen Redner nicht möglich, auch auf diese Rede des Fürsten Bismarck noch Etwas zu erwidern. In den einzelnen Anmerkungen zu folgender Rede sind die Schwächen, Widersprüche und Entstellungen der Rede des Abg. Eugen Richter seitens des Reichskanzlers besonders hervorgehoben.

Zweite Rede

des Reichskanzlers Fürst von Bismarck.

Ich bedaure, daß der Herr Vorredner so weit ausgegriffen hat über das Thema, das uns beschäftigt, hinaus,*) daß ich fast befürchte, daß meine Kräfte nicht ausreichen werden zur Erwiderung auf alle die interessanten Themat, die er berührt hat.

Ich will zunächst an das, was den frischesten Eindruck gemacht hat, an die Apostrophe, daß es sich darum handle, ob der Liberalismus in Deutschland eine Zukunft habe oder nicht, anknüpfen mit dem Ausdruck meiner ganz bestimmten Ueberzeugung, daß er keine hat — der Liberalismus, wie ihn der Herr Vorredner vertritt, das heißt die fortschrittliche Demokratie, die Parlamentsherrschaft, wie sie in dem Aktienstück des Bundesraths, auf das der Herr Vorredner anspielte, charakteristisch ist, — und es ist doch klar, daß der Herr Vorredner das Liberalismus nennt. Ich muß es ganz entschieden aussprechen, daß dieser Liberalismus meiner Ueberzeugung nach keine Zukunft hat, und daß ich es als die Aufgabe meines Lebens halte, als meine Pflicht dem Kaiser und dem Lande gegenüber, diesen Liberalismus zu bekämpfen bis zum letzten Athemzug. (Draval rechts. Hört! hört! links.) — Ja, „hört! hört!“ rufen Sie. Hören Sie doch! es ist gar kein Zweifel darüber, und ich glaube, niemand ist auch nach meiner 22jährigen Vergangenheit an dieser Stelle berechtigt, irgendwie darüber zweifelhaft zu sein, daß ich diese Phantasmagorien von einer möglichen Parlamentsherrschaft bis auf meinen letzten Athemzug bekämpfen werde. Wie können Sie also darüber „hört! hört!“ schreien? wie können Sie sich darüber verwundern? Es ist meine versuchte Pflicht und Schuldigkeit als Diener des Kaisers.

Ich will zunächst — wie weit ich auf dem etwas sandigen Wege, den der Herr Vorredner eingeschlagen, folgen kann, weiß ich nicht — ich will zunächst die wichtigste Frage beantworten, die er überhaupt berührt hat: das **Recht auf Arbeit**. Ja, ich erkenne ein Recht auf Arbeit unbedingt an und stehe dafür ein, so lange ich auf diesem Wege sein werde. Ich bestünde mich dabei nicht auf dem Boden des Sozialismus, der erst mit dem Ministerium Bismarck seinen Anfang genommen haben soll, sondern auf dem

*) Das Hinausgreifen des Fürsten Bismarck über das Thema hatte doch den Abgeordneten Richter erst dazu gezwungen.

Boden des preussischen Landrechts. Herr Richter sollte schon seinem Namen nach (Heiterkeit) und auch als Justizgelehrter das kennen; ich glaube, es ist der 19. Titel des zweiten Theils des Landrechts; da steht geschrieben:

Dem Staate kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen und denselben auch von anderen Privatpersonen, welche nach besonderen Gesetzen dazu verpflichtet sind, nicht erhalten können. (Zuruf links: Armenpflege!)

Warten Sie doch ab! Sie kennen also das Landrecht gar nicht; sonst würden Sie wissen, daß hier noch ein zweiter Paragraph ist. Das Landrecht ist ein sehr nützlichcs Studium; Sie sind ja weißt Juristen, aber ich empfehle es Ihnen doch. Also im § 2 ist gesagt:

Denjenigen, welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der Ihrigen Unterhalt selbst zu verdienen, ermangelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten gemäß sind, angewiesen werden.

Ah, meine Herren, wo ist denn Ihr unartikulierter höhnischer Zuruf den Sie vorher machten? Ist nicht das Recht auf Arbeit zur Zeit der Publikation des Landrechts offen proklamirt?*) Ist es nicht in unseren ganzen sittlichen Verhältnissen begründet, daß der Mann, der vor seine Mitbürger tritt und sagt: ich bin gesund, arbeitslustig, finde aber keine Arbeit, — berechtigt ist, zu sagen: gebt mir Arbeit! und daß der Staat verpflichtet ist, ihm Arbeit zu geben! Der Herr Vorredner hat gesagt, der Staat würde große Unternehmungen machen müssen. Ja, das hat er schon gethan in Zeiten der Noth wie 1848, wo in Folge des damaligen Ueberfläumens der fortschrittlichen Bewegung die Arbeitslosigkeit und der Geldmangel groß waren. Wer erinnert sich nicht noch der Reihberger mit ihrer rothen Hahnenfeder und ihren langen Stiefeln? Da hat der Staat es für seine Pflicht gehalten, diesen Leuten — es waren zum großen Theil Bummler, aber auch ehrliche Leute darunter, die in der That nicht wußten, wovon sie leben sollten — Arbeit zu verschaffen. Wenn ähnliche Nothstände eintreten,*) so

*) Der Reichskanzler hat verschwiegen, daß der 19. Titel, worin sich die angeführten Paragraphen des allgemeinen Landrechts befinden, von „Armenanstalten“ und „anderen milden Stiftungen“ handelt. Auch ergänzt § 16 des 19. Titels die vom Reichskanzler vorgelesenen Bestimmungen wie folgt: „Arme, deren Versorgung nach obigen Grundsätzen einzelnen Personen Korporationen oder Kommunen nicht obliegt, oder von denselben nicht bestritten werden kann, sollen durch Vermittlung des Staates in öffentlichen Landarmenhäusern untergebracht werden. Das Recht auf Arbeit im Sinne des allgemeinen Landrechts ist also weiter nichts als das Recht auf das Arbeitshaus. Es handelt sich also hier nicht um ein Recht, in Zeiten der Arbeitslosigkeit vom Staate eine dem Verufe entsprechende lohnende Arbeit zu fordern, sondern nur um eine Verpflichtung des Staates, der er im Sinne des Landrechts genügt, wenn er die Arbeiter, welche sich an ihn wenden, dem Armenhaus überweist.“

*) Bei Nothständen, wie sie z. B. in Ostpreußen in den letzten Jahren wiederholt stattgefunden haben, stimmten alle Parteien überein in dem Bestreben, durch Ausführung von Eisenbahnarbeiten und anderen Verkehrswegen die Arbeitsgelegenheit zu vermehren. — Auch durch dieses Citat giebt der

glaube ich, ist der Staat auch noch heute verpflichtet, und der Staat hat so weitreichende Aufgaben, daß er dieser seiner Verpflichtung, arbeitslosen Bürgern, die Arbeit nicht finden können, solche zu verschaffen, wohl nachkommen kann. Er läßt Aufgaben ausführen, die sonst aus finanziellen Bedenkllichkeiten vielleicht nicht ausgeführt werden würden; ich will sagen, große Kanalbauten oder was dem analog ist. Es gibt ja eine Menge außerordentlich nützlicher Einrichtungen anderer Art.

Der Herr Vorredner wiederholt dann eine Menge ganz natürlicher Dinge, die sich bei mir ganz von selbst verstehen, in dem Tone des Vorwurfs, hier vor versammelten Kriegsvolk. Ich will sehen, was ich aus der Blumenlese von all den Sachen finden kann, in denen ich mich schuldig bekenne, zu meiner Ehre schuldig bekenne.

Also z. B. das letzte, was er sagte: meine Liebe zu den Nationalliberalen — ist das ein Vorwurf?*) warum soll ich für diese Partei keine Neigung haben? Ich bin sehr lange mit ihr zusammen gegangen, und es war nicht mein Gefühl, das uns getrennt hat, sondern eine Empfindung, die aus dem Schoße der Partei kam; es ist ein altes Chamisso'sches Gedicht, das heißt: „Liebe, liebe immerdar,“ ich weiß nicht, wie es weiter heißt; aber — es wurde den Herren langweilig; sie wollten mit aus der Schüssel essen, und darüber konnten wir uns nicht verständigen**) — (Heiterkeit) sehr zu meinem Bedauern; aber meine Neigung zu den Herren, meine Achtung vor ihnen und das Bedauern, mit dem ich zurückdenke an die guten Beziehungen zu dieser Partei, sind nicht erloschen. Ich unterhalte zu allen denjenigen, die nationalliberal geblieben sind, die nicht zur Fortschrittspartei übergegangen sind, immer dieselbe Freundschaft in politischer Beziehung, sobald sie ihrerseits bereit sind, sie anzunehmen, und dessen schäme ich mich gar nicht.

Der Herr Vorredner hat gesagt, solche Liebe von mir wechselte hin und wieder. Gewiß muß ich wechseln; ich nehme ja meine Stellung zu der Sache nicht aus der Abstimmung der Parteien, sondern aus sachlichen Erwägungen, daraus, ob ich die Dinge für vernünftig, für das Reich oder an anderer Stelle für Preußen für nützlich halte. Wenn ich sie dafür halte, so nehme ich jede Unterstützung dankbar an, die sich mir bietet, und es ist mir ehrelei, welcher Fraktion einer angehört. Ich gehöre keiner an.

Es ist auch nicht richtig, daß die Konservativen immer mit mir ge-

Ranzler wieder Wasser in den Wein seiner ersten Rede. Hat das von Kanzler proklamirte Recht auf Arbeit keine weitere Bedeutung, als es schon bisher hatte, so kann diese Proklamirung in den sozialen Verhältnissen, wie sie sich bisher herausgebildet haben, nicht das geringste ändern.

*) Ein Vorwurf war auch dem Reichskanzler nicht gemacht worden. Es war nur auf das praktische Interesse hingewiesen, das diese Liebes-

gefühle neuerlich wieder hat entstehen lassen.
**) Das ist sehr deutlich. Der Reichskanzler wünscht also eine Annäherung der Nationalliberalen nur zu dem Zweck, damit diese ihn beim Essen liebevoll bedienen. Für die Nationalliberalen selbst wird kein Conterb aufgelegt; sie dürfen nicht darauf rechnen, daß er aus Freundschaft zu ihnen irgend welche sachlichen Concessionen macht und auf ihre politischen Ansichten Rücksicht nimmt.

gangen sind. Es ist eine recht lange Zeit gewesen, wo eine bittere Feindschaft zwischen uns bestand und wo ich gefunden habe, daß als Feind der Konservative noch konservativer, schärfer und konsequenter ist als liberale Gegnerschaften. Ich habe bittere Erfahrungen mit den Konservativen erlebt und mit meinen nächsten Angehörigen, die dieser Partei angehört haben.

Ich stoße noch auf sehr viele Punkte und bin dem Herrn Vorredner dankbar, daß er mich auf diese Weise angeklagt hat; aber ich muß doch, wenn ich nicht in Verwirrung gerathen will — das Repertoire ist zu umfangreich — nach der Reihe gehen.

Er hat also gesagt: die Amendements des Herrn Abgeordneten Windthorst geben uns neunzehn Zwanzigstel von der Sache. Nun, meine Meinung steht dem diametral entgegen; ich glaube, auch der Herr Vorredner wird die Richtigkeit der Rechnung nicht beweisen können, und selbst der Herr Abgeordnete Windthorst wird sie nicht glauben und wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich sage, daß mit seinen Amendements die ganze Gesetzesvorlage für mich den Werth hat einer Krone, aus der der Kern herausgeschält ist, oder eines Münzstückes, dem der Gold- und Silberwerth entzogen ist, und von dem nur die non-valours geblieben sind.

Dann ist weiter eine von den Wahrheiten, zu denen ich mich bekenne die der Herr Vorredner mir aber wieder in dem hohen Selbstgefühl, das ihn als Fortschrittsmann besetzt, zum Vorwurf macht, die, daß die Fortschrittspartei gefährlicher ist als die Sozialisten. Ich habe heute in meiner ersten Rede — leider muß ich sagen: in der ersten Rede, weil ich jetzt zur zweiten gezwungen bin*) — damit geschlossen: ich halte die Fortschrittspartei für viel gefährlicher für die künftige Ruhe und Fortentwicklung unseres Staates, als die Sozialdemokratie, weil erstere feiner operirt. Die Utopien, die die Sozialisten aufstellen, können vor der Mehrzahl der gebildeten Leute keinen Bestand haben und sind daher vollständig ungefahrlich. Ich weiß nicht, ob Sie das schon ge dacht kennen von Thomas Moore: „Tho veiled Prophet.“ Der verschleierte Prophet war so höflich, daß er immer einen Schleier trug, er getraute sich nicht, sein wahres Gesicht dem Volke zu zeigen, sonst hätte man ihn des häßlichen Gesichts wegen verlassen. So ist es auch mit dem Gesicht der Sozialdemokratie, — sie erscheint nie ohne einen Schleier. Die Zukunft, wie sie apokryphisch in in wieder desavouirten Schriften entwickelt ist, das Positive, was sie will, hat sie noch nicht gewagt aufzustellen. Deshalb halte ich die Partei auf die Dauer für die Ruhe des Bürgers nicht für gefährlich. Daß sie im Staat zur Herrschaft gelangen, uns in Mark und Blut vergiften wird, das glaube ich nicht.**) Wohl aber traue ich das der Fortschrittspartei zu; ihr Gift ist mächtiger als das der Sozialisten. Bei den falschen geschichtlichen

*) Der Reichskanzler hatte doch durch seine Rede die freisinnige Partei gerade zur Genüherung herausgefordert.

**) Hier bekennt sich auf einmal der Reichskanzler zu derselben Ansicht, welche der Abg. Richter in seiner ersten Rede an diesem Tage ausgesprochen hatte. Derselbe hatte nämlich bemerkt, daß das Bebel'sche Buch, weil es von dem Zukunftsstaat der Sozialdemokratie den Schleier fortzieht, gerade deshalb abschreckend und ungünstig für die Sozialdemokratie wirken müsse.

Traditionen, welche kühnhaftige Historiker des Liberalismus seit 50, 100 Jahren in die Welt gesetzt haben¹⁾ und seit länger noch, ist die fortschrittliche Mischung viel giftiger als die der Sozialisten. Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen, der Sozialismus sei gewachsen wie mein Schatten. Nun wenn mein Schatten wächst, so geht die Sonne unter, und ich sehe vorans, daß er seine eigene Sonne meint, die im Untergang begriffen ist. (Heiterkeit.) Dann wird allerdings für ihn mein Schatten länger.

Nachher hat der Herr Abgeordnete von dem Attentate von Blind gesprochen und die Richtigkeit der Eindrücke bestritten, wie ich sie registriert habe. Darin befindet er sich vollständig im Irrthum. Ich werde Auftrag geben, daß in der königlichen Bibliothek und sonst noch, wo die Zeitungen von damals sich befinden, nachgesehen wird, und der Herr Vorredner wird die Unannehmlichkeit haben, daß der alte Kohl noch einmal recht gründlich aufgewärmt wird.²⁾ Ich weiß ganz genau, was ich damals gelesen habe; ich erinnere mich genau des damals aufgestellten Bildes über das Attentat. — Ich muß um Entschuldigung bitten, — der Herr Vorredner nöthigt mich, auf diese Dinge nochmals einzugehen, denn er hat mich einer Unwahrheit beschuldigt. Ich erinnere mich also dessen ganz genau. Das Bild war so dargestellt: ein heldenmüthiger Mann — er hatte die Physiognomie von Wilhelm Tell, dem Schweizer Helden — fällt mich von vorn an — während Blind von hinten auf mich schoß — und feuert mir ins Gesicht. Ich stehe bestürzt da, mein Gut fällt mir vom Kopfe, der Satan schiebt eine Kralle zwischen uns und spricht indem er die Kugel auffängt: Der gehört mir!³⁾

Von den Namen, die der Herr Vorredner verlangt, kenne ich nur einen. Wie soll ich nach 18 Jahren noch Alles von diesen Lumpereien und Gemeinheiten wissen!⁴⁾ Einen Namen weiß ich aber noch, der war Lewald. Da es sich um Damen⁵⁾ handelt, so übergehe ich alles Andere. Der Herr Vorredner wird daraus ersehen, daß es mir nicht unangenehm sein würde, in diesem Grabe der Verwünschung noch tiefer zu wühlen und ihm vielleicht noch näher liegende Dinge nachzuweisen. Also diese Beschuldigung ist völlig ungerechtfertigt.

Ich bemerke dabei noch: wenn der Herr Vorredner aus den damaligen Begehren einen nachtheiligen Schluß auf die Qualifikation des damaligen Polizeipräsidenten zieht, so gebe ich ihm doch nicht unbedingt zu, daß das in meinen Worten gelegen hat. Ich habe gesprochen von den mittleren Schichten,⁶⁾ also ich meine, von dem, was man so den mittleren Bildungs-

¹⁾ Die Fortschrittspartei ist bekanntlich erst 1861, also erst vor 23 Jahren begründet worden. An dieser Stelle verrieth der Kanzler, daß sein Kampf dem Liberalismus gilt, wie er seit einem Jahrhundert sich entwickelt hat.

²⁾ Der Kanzler selbst hat doch den alten Kohl zuerst vorgebracht, um die Fortschrittspartei mit Attentaten in Verbindung zu bringen.

³⁾ Dann hätte der Reichskanzler auch besser gar nicht davon gesprochen.

⁴⁾ Diese Karrikatur ist, wie bereits sich herausgestellt, außerhalb Preussen erschienen.

⁵⁾ Jetzt sind es also nur Damen. — Die Familie Lewald soll von den Angehörigen Blinds aufgefordert sein, für dessen Begräbnis Sorge zu tragen.

⁶⁾ Nach dem oben angegebenen Wortlaut hat aber der Kanzler gesagt, daß die Masse der mittleren Polizeibeamten, vielleicht auch höhere, viel mehr auf Blinds Seite stand als auf meiner.

stand nennt. Es ist ganz zweifellos, daß unter den heutigen Postbeamten es sehr viele Sozialdemokraten giebt; das darf man doch aber nicht dem Generalpostmeister Stephan zur Last legen wollen; der kann dies nicht ändern. Herr von Bernuth kann überhaupt ein sehr vortrefflicher Regierungspräsident sein und kein geeigneter Polizeipräsident. Ich habe weder die einen noch die anderen zu ernennen; wohl aber erinnere ich mich einer Unterredung, die ich in jener Zeit mit Herrn von Bernuth gehabt hatte, in deren Verlauf er mir bestimmt sagte: Ich bin kein Polizeimann, ich habe mich bis zuletzt gegen meine Ernennung gewehrt. — Ich antwortete: Meiner Ueberzeugung nach nicht lange genug; (Heiterkeit) und darauf erfolgte seine Ernennung zu einer Stelle, für die ich ihn sehr geeignet halte. Es ist kein Tadel, den ich damit ausspreche; es kann jemand ein vorzüglicher Regierungspräsident sein und gerade zum Polizeipräsidenten nicht den Beruf fühlen, wie dieser Herr selbst beweist.¹⁾ — Es ist also damit alles lahm gelegt und liegt längst zu Boden, was der Herr Abgeordnete Richter über diesen Punkt gesagt hat. Wenn ich in der Beantwortung dieselbe Indiskretion begehen wollte, wie der Herr Abgeordnete Richter im Provozetzen einer Antwort, so könnte ich noch recht viel weiter gehen; aber es ist meine Pflicht, glaube ich, in der Diskussion darüber mehr hinter ihm zurückzubleiben, als vielleicht nützlich ist.

Dann hat der Herr Abgeordnete wiederum an 1866 angeknüpft und die große politische Frage, ob die Fortschrittspartei damals eine für das Vaterland unsichere Haltung angenommen hat oder nicht, wieder in Erwägung gebracht. Ich halte es außerhalb der Möglichkeit und auch außerhalb meines Berufs, auf diese geschichtliche Frage einzugehen. Der Herr Vorredner wird mit all seinem Geschick und seinen sophistischen Deduktionen die Weltgeschichte nicht umstoßen, und da bitte ich ihn, nur nachzulesen, — die Geschichte läßt sich eben nicht rückwärts reformiren, das sind geschehene Sachen. Daß es nicht nützlich sei, an den Krieg als Bürgerkrieg zu erinnern, — ja, meine Herren, die Ansticht theile ich vollkommen, und ich könnte den Beweis geben, daß ich in noch viel höherem Maße die Aneignung gegen die Erinnerung an diesen Krieg theile; ich hätte gewünscht, daß auf unseren Denkmälern von diesem Kriege nie die Rede gewesen wäre, sondern nur von denen, die wir gegen das Ausland geführt haben. Aber daß man im übrigen unsere inneren Vorgänge der Vergangenheit mit dem Deckmantel des Bürgerkrieges verdecken zu sollen glaubt, das ist nur bei der Fortschrittspartei begreiflich, denn sie hat sich eigentlich ganz fürchterlich blamirt in ihren Vorhersagungen und ihrer patriotischen Haltung.²⁾ Es kann jeder Partei passen, aber es wird sich nicht ausbaden lassen; da reicht kein Madirgummi zu, das ist aore poronnius feststehend.

Dann hat der Herr Abgeordnete mir als Verleumdung der Berliner Polizeiverwaltung oder Magistratsverwaltung angerechnet, daß ich davon

¹⁾ Bekanntlich hat der Regierungspräsident auch wesentlich polizeiliche Befugnisse, und hat ebenso der Berliner Polizeipräsident vielfach Befugnisse des Regierungspräsidenten. Offenbar ist hier der Reichskanzler selbst bestritt, seine Aufschuldigung gegen Herrn v. Bernuth zurückzunehmen.

²⁾ Der Reichskanzler pöcht auf den Erfolg, der damals seine eigenen Erwartungen übertroffen hat. Die Tapferkeit der Armee hat seine Politik bei Königgrätz herausgehauen.

gesprochen habe, daß in Berlin Selbstmorde aus Nahrungsorgen vorkommen. Das ist doch allen Thatsachen ins Gesicht geschlagen. Nehmen Sie doch jede Zeitung, — ich mache mich anheischig, fast in jeder Woche Ihnen zu zeigen, wo ein Selbstmord aus Nahrungsorgen steht.*) Die meisten der Herren, die in Berlin sind, werden ohne Zweifel mehr Müsse haben als ich, sie werden auch mehr Zeitungen gelesen haben als ich, sie werden finden, wie häufig eine verunglückte ermittelte Familie durch Wohlthätigkeitsbazars unterstützt wird. Das alles ist auf dem Lande nicht möglich und nicht thunlich, da wird einfach auf den zurückgegriffen, der zur Beschaffung des Unterkommens verpflichtet ist, und je größer sein Grundbesitz ist, um so fester wird auf ihn zurückgegriffen. Das bestreite ich auch gar nicht. Aber wenn die Armenpflege in Berlin als musterhaft dargestellt wird, übernehmen Sie eine Beweislast, der Sie erliegen. Es sind das gar nicht Erzählungen von mir, — toto die können Sie das gedruckt lesen, es vergeht kaum ein Tag, wo nicht ein Selbstmord vorkommt, von denen fallen vielleicht 25 Prozent auf unglückliche Liebe und Verdruß, aber weit über 50 Prozent auf Nahrungsorgen, und aus Nahrungsorgen wird sich wohl auf dem Lande niemand tödten. Etwas weiteres habe ich nicht behauptet. Ich kann also nur annehmen, daß der Herr Abgeordnete Richter diese meine Meinung so sicher als falsch hingestellt hat, weil er darauf rechnete, daß mir meine Zeit und meine Kräfte nicht mehr erlaubten, darauf zu erwidern. Es ist vollständig aus der Luft gegriffen, was er bemängelte, und ich möchte das Beneßium für mich in Anspruch nehmen, daß er etwas mehr Schonung beobachtet in der Anführung von Thatsachen mir gegenüber, und daß er mich nicht als Besteller von Thatsachen hinstellt, wo Hunderttausende von Zeitungsexemplaren auf meiner Seite stehen. In der Provinz weiß man, wie schlecht die Berliner Armenpflege ist, und ich kann meine Meinung darüber aussprechen, wie jeder andere Staatsbürger; außerdem, daß ich Reichskanzler bin, bin ich noch preussischer Unterthan und freue mich des Rechts, das die Verfassung gewährt, meine Äußerungen durch Wort und Schrift zu erkennen zu geben,

*) Hier sucht es der Reichskanzler so darzustellen, als ob er nur auf die Thatsache von Selbstmorden, nicht auf ein Verschulden hingewiesen habe. Später (vgl. S. 45) mußte der Reichskanzler auch Herrn von Forderbeck gegenüber seine Aeußerung zurücknehmen! Die hier streitige, vom Abg. Richter angegriffene Aeußerung des Reichskanzlers in der Rede vom 20. März lautet wörtlich wie folgt: „Die ordinäre Armenpflege läßt aber viel zu wünschen übrig, namentlich in den großen Städten, wo sie außerordentlich viel schlechter als auf dem Lande ist. Wenn wir in den Berliner Zeitungen lesen von Selbstmord aus Nahrungsorgen, von Leuten, die direct Hungers gestorben sind und sich aufgehängt haben, weil sie nichts zu essen gehabt haben, von Leuten, die in der Zeitung ankündigen, sie wären obdachlos hinausgeworfen und hätten kein Unterkommen, so sind das lauter Dinge, die wir vom Lande nicht kennen und nicht verstehen. Da würde sofort der Landrath und die Polizei erscheinen und den etwa Ermittelten wieder einsehen und dem Hungernden durch Execution zu Speise und Trank verhelfen. Nahrungsorgen sind da gar nicht möglich. Nun scheint es aber, daß diejenige Landrathliche Behörde, die die Aufsicht über Berlin hat, nicht mit gleichem Schärfe verfährt wie die übrigen in der Provinz. Indessen für den Arbeiter ist das immer eine Thatsache, daß der Armut und der Armenpflege in einer großen Stadt zu verfallen gleichbedeutend ist mit Elend, und diese Unsicherheit macht ihn feindselig und mißtrauisch gegen die Gesellschaft.“

und meine Meinung über die Berliner Stadtverwaltung werde ich mir nicht verkümmern lassen. Die Miethsteuer hat damit nichts zu thun, sie kann nicht abgewälzt werden, denn sie ist ungleich, und eine Steuer, die ungleich ist, die den belasteten Ladenbesitzer so hoch trifft, die den mit zahlreicher Familie versehenen um so härter trifft, die läßt sich nicht abwälzen,*) denn der Verbraucher von Stiefeln fragt nicht danach, ob der Verkäufer eine zahlreiche Familie hat, oder ob der Ladenbesitzer sehr viele Miethsteuer zahlt.

Dann hat er mir den Vorwurf der Impietät gegen meinen Freund und Kollegen von Kamecke gemacht. Sie haben alle gehört, was ich gesagt habe, und werden ohne mein ausdrückliches Hervorheben bezeugen können, wie frivol²⁾ und unbegründet dieser Vorwurf ist, als hätte ich gegen Herrn von Kamecke etwas gesagt. Ich habe gesagt, wir wären überzeugt gewesen, daß es sehr schwer wäre, in der Sache des Dynamitgesetzes etwas zu thun. Außerdem habe ich ausdrücklich hervorgehoben — der Herr Abgeordnete war vielleicht nicht gegenwärtig in dem Augenblick, als ich das sagte —, daß wir allein nichts machen können, und daß vielleicht die Möglichkeit, uns mit anderen Mächten über Verhandlungen zu verständigen, wegen des Nichtwollens der letzteren nicht vorhanden ist.

Dann hat der Herr Abgeordnete mir den Vorwurf gemacht,*) daß ich meiner Pflicht entsprechend die Anzeige eines Staatsanwalts aus Bayern hierher gebracht habe. Ich kann das nicht vermeiden und bin nicht berechtigt, derartige Anträge zurückzuweisen, sondern dazu hat allein der Reichstag das Recht. Daß er das im vorliegenden Fall gethan hat, finde ich vollständig in Ordnung, und ich bin ihm sehr dankbar dafür; denn der Betheiligte hatte gesagt: unsere Gesetzgeber wären Lumpen. Meine Herren, zu den Gesetzgebern gehöre ich mit viel mehr Recht, als die Herren, die hier sitzen. Also daraus, daß ich nicht Klage erhoben habe, können Sie sehen, daß ich ein zum Verzeihen geneigtes Gemüth habe; aber vorlegen mußte ich Ihnen den Antrag, das war meine Pflicht. Ich begreife daher nicht, wie man solche Sachen mir in die Schuhe schieben kann, und wie man mich alten, kranken Mann³⁾ nöthigen kann, auf solche Insinuationen etwas zu erwidern. Das ist nicht hübsch.

Dann hat der Herr Abgeordnete mir vorgeworfen — wozu ich wiederum

1) Mit dieser Ausführung glebt der Reichskanzler seine gesammte Theorie von der Abwälzung der indirekten Steuern preis, denn der Arbeitgeber zahlt keinem Arbeiter deshalb mehr Lohn, weil er eine zahlreiche Familie hat und in Folge dessen mehr Lebensmittel braucht und also auch mehr auf den Lebensmitteln ruhende Steuern zahlt.

2) „Frivol“ war bisher kein parlamentarischer Ausdruck. Die „Freie Zeitung“ in Berlin ist kürzlich wegen desselben gegen den Kanzler gebrachten Ausdrucks in Folge Strafantrags des Kanzlers wegen Beleidigung verurtheilt worden. — Auch in Bezug auf Herrn von Kamecke tritt der Kanzler den Mitzug an, vgl. seine erste Aeußerung.

3) Von einem Vorwurf, betreffend die Uebermittelung des Strafantrages des Staatsanwalts, war nicht die Rede. Es war nur an dem Inhalt jenes Strafantrages von dem Abgeordneten Richter exemplifizirt, zu welchen Urtheilen die Kritik der Parlamente durch den Reichskanzler in den unteren Volksstufen führen muß.

4) Wenn „der alte Franke Mann“ derartig eine Partei angreift und beschuldigt, wie es der Fürst Bismarck gethan hat, so darf er sich nicht wundern, auch die entsprechende Antwort zu erhalten.

sage, ich bekenne mich schuldig —, daß ich für die Landwirtschaft und deren Interessen mit Entschiedenheit eintrete, und daß ich glaube, daß unsere wirklichen Interessen durch die politischen Partekämpfe geschädigt werden. Ja, meine Herren, einen Reichskanzler und Ministerpräsidenten, der sich für die Landwirtschaft nicht interessiert,*) den müßten Sie sofort wegzagen, den kann das Land garnicht gebrauchen. Es sind 25 Millionen Menschen von unseren 45 Millionen, deren Interessen von dem Wohl und Wehe der Landwirtschaft abhängen. Sie hängen doch sonst so an Majoritäten und sind für Abstimmungen von 101 gegen 100; aber hier ist bei weitem die überwiegende Menge der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt und nächst dieser in der Industrie. Dem gegenüber steht ein kleines Quantum der unproduktiven Bevölkerung, die zum Theil ganz unproduktiv ist, indem sie von Tausch und Austausch lebt oder nur mit der Couponscheere ihre Thätigkeit abschließt. Ich bin immer eingetreten für die beiden ersten großen Säulen, aber unseres gesellschaftlichen Organismus: für die Landwirtschaft und für die Industrie; wenn ich für diese nicht einträte, würde ich mich vor meinem eigenen Gewissen nicht entschuldigen können, ich würde mich nicht halten können vor der öffentlichen Meinung, ich würde vor meinem König nicht verantworten können. — Sie würden sehr wohl thun, mir gegenüber zu sagen: diesem Kanzler keinen Groschen! oder: fort mit diesem Ministerium! — wenn ich mich um die Landwirtschaft nicht vorzugsweise bemühte. Es ist das Hauptgewerbe; und wenn die Landwirthe mehr zusammenhielten, dann würden sie sich besser zu schützen im Stande sein, als sie es bisher im Stande gewesen sind. Bisher sind es die Gelehrten gewesen, die uns regieren, theils Beamte, theils sonstige Schriftgelehrte, theils Redakteure aller Art, — kurz und gut, die unproduktive Bevölkerung im Reichstag, aber auch außer demselben. An der Stelle, die ich vertrete, sind natürlich die Beamten, die Leute vom grünen Tisch, vorherrschend; die sind es, die uns regieren, und die wollen auch noch die Majorität haben; das Quantum grüner Tische, was die Regierung hineindrängt, ist nur dann verbrauchbar, wenn aus dem Lande eine Minorität von dem grünen Tisch in den Reichstag hineinkommt²⁾ und deshalb arbeite ich dafür, — und das sollten Sie mir danken, das Land dankt es mir, — daß das Land womöglich von der Vertretung durch gewerbmäßige Abgeordnete³⁾ befreit wird, daß Leute, die die Interessen des Landes fühlen und mit durchmachen, hierher geschickt werden, und daß wir wissen, was das Land denkt, nicht, was die Parteien denken. Die politischen Parteien sind der Verderb unserer Verfassung und der Verderb unserer Zukunft;*) und da wirft mir der Herr Vorredner vor, als hätte ich damit eine ganz abnorme Beleidigung des Reichstags ausgesprochen. Ich habe

1) Dem Abgeordneten Richter ist es nicht eingefallen, dem Reichskanzler vorzuwerfen, daß er sich für die Landwirtschaft interessiert; er hat ihm nur vorgeworfen die Darstellung, als ob die ländliche Bevölkerung in ihren Interessen durch die politischen Parteien ausgebeutet würde.

2) Unter den 397 Abgeordneten des Reichstages sind 151 Gutswärter und Landwirthe und 52 Kaufleute, Fabrikanten und Gewerbetreibende.

3) Man könnte mit mehr Recht von gewerbmäßigen Ministern sprechen. Reichstagsabgeordnete erhalten bekanntlich nicht einmal Diäten.

4) Ein „Volkswirtschaftsrath“ wäre dem Kanzler freilich lieber.

nicht den Reichstag beleidigt; wenn ich etwas beleidigt habe, so wären dies die Fraktionen. Aber auch die habe ich nicht beleidigt; ich habe nur gesagt: sie sind nicht erwünscht, nicht nützlich, und wenn das eine Beleidigung wäre, daß etwas nicht erwünscht, nicht nützlich ist, so würden viele beleidigt sein, sich im Gefühl ununterbrochenen Beleidigtseins befinden müssen. (Heiterkeit.) Dann hat der Herr Abgeordnete Richter gesagt, es sei zwischen mir und meinen Theorien und denen der Sozialdemokratie so gut wie gar kein Unterschied, — oder nur ein ganz kleiner, wie wir ihn zwischen Monarchie und Republik machen. Das ist in den Augen des Abgeordneten Richter ein unbedeutender Unterschied, der sich je nach der Entwicklung der Gesetzgebung jedesmal in anderer Richtung ausdrücken kann. Ich glaube aber, es ist doch noch ein erheblicher Unterschied vorhanden, und wenn der nicht wäre, so weiß ich nicht, warum — ich bin doch ein Mann von Einfluß und auch in meinen Geschäften, ich will mich nicht rühmen, aber wie mir eine zwanzigjährige Erfahrung zeigt, nicht ganz erfolglos — warum die Sozialdemokraten mich auf diese Weise anfeinden.1) Warum thun sie es? Sie müssen doch finden, daß zwischen mir und ihnen irgend ein unüberwindlicher Unterschied besteht, sonst sollten sie doch froh sein, daß sie einen sozialdemokratischen Reichskanzler hätten, den sie aufrecht erhalten sollten, — das sollte für sie ein membrum praecipuum sein, und ich finde, die Herren sind gerade entgegengesetzter Ansicht.

Dem, was der Herr Vorredner von Basalle sagte, habe ich nichts weiter hinzuzufügen; er war ein befähigter und lebenswürdiger Mensch, und das kann ich nicht von allen, die ihn überlebt haben, sagen, (Heiterkeit) — ich sage: nicht von allen.

Der Herr Vorredner sagt, der Exekutor fungire noch immer. Er muß aber doch etwas weniger fungiren als früher. Der Herr Vorredner liebt so genau und hat ein sehr gutes Gedächtniß, so daß es mich wundern sollte, daß er das nicht behalten hätte, daß die ganzen Exekutionen bei den letzten beiden Klassensteuerebenen weggefallen sind. Freilich auf eine Million mehr oder weniger Exekutionen wird es dem Herrn Vorredner nicht ankommen,2) es bleiben immer noch genug Millionen für ihn, um Unzufriedenheit zu erregen, und es ist bezweifelnd, daß er und die Seinigen sich jedem Versuche, dieses Motiv der Unzufriedenheit aus der Welt zu schaffen, hartnäckig widersetzen,3) weil sie es uns immer vorzuwerfen wünschen. Der Exekutor betreibt noch immer sein Werk; er thut es vor allem in der Kommunalverwaltung der großen Städte, und wenn diese nicht darauf zurückkommt, daß sie selbst um Genehmigung der indirekten Besteuerung bittet, daß sie bei der Regierung und bei den gesetzgebenden Körpern darum einkommt, daß ihnen größere Berechtigung verliehen wird, dann werden sie

1) Ein Abgeordneter that hier den Zwischenruf: „Konkurrenten feinden sich immer an.“

2) Die große Zahl von sogenannten Exekutionen erklärt sich wesentlich aus den Schwierigkeiten, in großen Städten die fluktuirende Bevölkerung, insbesondere die bloßen Schaffstalleninhaber, behufs Entrichtung der Steuer ausfindig zu machen.

3) Auch die Fortschrittspartei hat der Aufhebung der beiden untersten Steuerebenen im Landtag zugestimmt und bekanntlich jederzeit die Initiative ergriffen, um die für ein Jahr angebotenen Steuererlasse dauernd zu machen.

einfach bankrott machen, dann werden sie sich nicht halten auf diesem Wege. — Sie wollen sich vielleicht auch nicht halten; es ist ja ein Grund, um bei der Hauptmasse Bevölkerung Unzufriedenheit zu erregen. Da sagte mir einst Pippst, ein liebenswürdiger, aber konspirirender Pole: „Schaffen Sie uns direkte Steuern für die große Masse der Bevölkerung; für das übrige, die Unzufriedenheit, die Revolution, werden wir schon sorgen.“ Wir müssen vielleicht darauf noch warten. Aber es kann noch kommen; ich weiß es nicht; ich bin neugierig. — Und da mache ich umgekehrt den Kommunalverwaltungen, für die der Herr Abgeordnete Richter, wie für die Privatbahnen, immer der berechte Advokat gewesen ist, den Vorwurf, daß sie keinen Gebrauch machen von der ihnen ertheilten Genehmigung zur Auslegung indirekter Steuern. Es sind einige Städte — ich glaube, Breslau ist darunter — die haben wenigstens die Schlachtsteuer. Das widerspricht aber den polnischen Parteien.) Deshalb sage ich: die Politik macht uns todt, indem sie uns hindert, unsere Interessen wahrzunehmen; sobald es der Parteipolitik, der Fraktionspolitik nicht paßt, so können die Interessen zu Grunde gehen, und es kann darüber ausgepfändet werden oder Hungers sterben, wer will. — das ist der Fraktion als solcher vollständig gleichgiltig; sie fragt nur: was nützt es meiner Fraktion? Vivat fractio, perorat mundus!

Das Recht auf Arbeit erwähnte ich schon, dazu bekenne ich mich ganz ehrlich auch selbst in einer erweiterten Auslegung der Bestimmungen unter denen wir Preußen seit längerer Zeit gelebt haben und die die Fürsorge unserer Könige für die arbeitende Klasse auch schon aus dem vorigen Jahrhundert dokumentiren, ein Interesse, welches unser jetzt in Preußen regierender Herr geerbt hat, und nicht nur er, sondern auch sein Nachfolger jedenfalls jeder Zeit behalten wird. Friedrich der Große sagte: „*Je vous être roi des quoux.*“ Es ist in seinem scherzhaften französischen Sarkasmus der Ausdruck für denselben Gedanken, den der jetzige Herr damit ausspricht, daß er sich als den Schöpfer der wirtschaftlich Schwachen betrachtet und für sie zu sorgen entschlossen ist.

Was nun die Verschleppung der Unfallgesetzgebung anlangt, so habe ich der Kommission keinen Vorwurf darüber gemacht. Ich sage, daß sie gearbeitet hat; aber es ist keine rechte Lust zu Sache, — so habe ich mich, glaube ich, ausgedrückt. Wir sind nun jetzt etwas über zwei Monate hier versammelt. Ich möchte wohl wissen, wie viel Stunden davon auf die Kommissionsstimmungen ausfallen; und dann ist ja in den Kommissionsstimmungen eine **Obstruktion**, das Wort heißt Verschleppung; es ist sehr leicht, längere Reden zu halten, besonders an den Abendstunden ist es nur zu leicht

1) Hierin liegt eine versteckte Insinuation. Die Fortschrittspartei ist für die Aufrechterhaltung des gemischten Systems von Staats- und Privatbahnen eingetreten.

2) Nein, es widerspricht der Gerechtigkeit insbesondere gegen die unteren Klassen, das Fleisch als ein notwendiges Nahrungsmittel durch Steuern zu vertheuern.

3) Friedrich der Große sagte jedoch auch: „*Je suis l'avocat des pauvres.*“ Ich bin der Anwalt der Armen; ich werde nicht darin willigen, Fleisch und Brot für den armen Mann theurer zu machen. Mit dieser Marginalbemerkung lehnte er den Antrag ab, eine Accise auf Fleisch und Brot zu legen.

möglich. — Ich habe allerdings dabei nicht an die früheren Jahre gedacht.)

Daß ich Fühlung suche mit dem Reichstage, daß ich, wenn ich die Fühlung nicht gefunden habe, wie bei der letzten Ueänderung der Vorlage, oder, wie bei der ersten Ueänderung, einsehe, daß der Punkt, auf dem die Fühlung gefunden ist, nicht der richtige ist, einen anderen Weg einschlage, — kurz und gut, daß ich in dieser wichtigen Sache mit Vorsticht vorgehe, kann mir der Herr Vorredner doch nicht vorwerfen; es zeigt im Gegentheil, daß ich so eigenstümmig, wie er mich zu schildern sucht, so herrschsüchtig nicht bin. Ich habe mich vom Reichstage Befehlen lassen. Sobald die Herren im Reichstage etwas anderes gewünscht haben, sind wir bereitwillig darauf eingegangen. Meine Kritik vorher bezog sich auf die Ergebnisse dieses Jahres, und da muß ich allerdings einräumen, den Vorwurf gemacht zu haben, daß der Reichstag etwas lange Osterferien machte, und nachher wieder acht Tage Ferien. Ich habe das Gefühl, daß wir nicht vorwärts kommen. Diefem Gefühle habe ich Ausdruck gegeben, ohne Jemand verletzen zu wollen, und wenn meine Worte dazu führen, daß die Gangart etwas beschleunigt wird, so soll mir das sehr angenehm sein, denn sonst schleppen wir die Arbeit in den heißen Sommer hinein, und wir haben alle Interesse, davon loszukommen. Wenn keine Veränderung der Situation, die sich an das Sozialistengesetz knüpfen kann, eintritt, können wir anfangshalber nicht auseinandergehen, ohne die Unfallversicherung verabschiedet zu haben mit „Ja“ oder „Nein“. Davum möchte ich in unser aller Interesse und mit Rücksicht auf die steigende Sommerwitterung nur die Bitte aussprechen, diese Arbeit thunlichst zu beschleunigen. *Ultra posse nemo obligatur.* Aber das darf mir der Herr doch nicht vorwerfen, daß ich nicht Fühlung suche mit dem Reichstag, da hat er nach meiner Meinung nicht das Richtige getroffen, ich sage nicht: ich habe das Meinige gethan und kann mich darum zur Ruhe setzen; sondern ich mache immer wieder Versuche und sehe, ob ich die Wünsche des Kaisers verwirklichen kann.

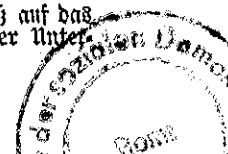
Der Herr Abgeordnete hat mir außerdem vorgehalten, ich hätte behauptet, daß das Dynamitgesetz von mir deshalb unterlassen worden wäre, weil der Kriegsminister es nicht so begutachtet hätte, wie ich es erwartete. Das ist gar nicht wahr, wir hatten keine Erwartung; der Kriegsminister war der einzige Dynamitkundige unter uns, und wir mußten uns nach ihm richten.) Ich habe auch gar nicht gesagt, der Kriegsminister sei schuld, sondern ich habe gesagt, — und in dem Augenblick muß der Herr Abgeordnete wieder nicht anwesend gewesen sein, — daß es mir nicht möglich erschien, die Sache sofort fortzusetzen, und daß ich schwer krank gewesen

1) Allerdings hat der Reichskanzler auch an die früheren Jahre gedacht, denn er bemerkte ausdrücklich, daß die vor sechs Jahren gemachten Versprechungen nicht verwirklicht seien.

2) Ein solcher Vorwurf war dabei gar nicht gemacht, sondern umgekehrt, ein Vorwurf des Reichskanzlers gegen den Reichstag damit abgewehrt worden.

3) Die Kommission hat aber gerade nur kurze Osterferien gemacht und fortgesetzt, nachdem das Plenum seine Sitzungen eingestellt hatte. (Vergl. auch unten die Ausführungen des Vorsitzenden der Kommission, des Abg. Freyh. zu Franckenstein.)

4) Die Minister pflegen in technischen Fragen sonst nicht bloß auf das eigene Urtheil zu bauen, sondern auch Techniker aus dem Kreise der Untergebenen heranzuzuziehen.



war, so daß ich meinerseits keine Triebkraft auf die Sache hätte verwenden können. Ich glaube, ich habe die Sache ganz objektiv dargestellt, und habe niemanden anklagen wollen. Also auch hier schiebt mir der Herr Abgeordnete wieder Anklagen in die Schuhe *) und mißbraucht die Zeit des Reichstags in so vorgerückter Stunde.)

Dann sagt der Herr Abgeordnete, ich hätte ausdrücklich anerkannt, daß Polizeigesetze die Attentate nicht verhindern könnten. Ja, auf Hinderung von Attentaten ist dieses Gesetz auch gar nicht berechnet, sondern auf Hinderung von Agitationen, welche die Leute zu Attentaten anregen können. Wenn in wenig gebildete und in einer unbefriedigten Lage sich befindende Massen solche Agitationen, wie sie die Sozialdemokraten betrieben haben, und von denen Herr von Köller und Andere uns viele Beispiele hier vorgelesen haben, hineingeworfen werden, so können dieselben sehr wohl auf einen Hörer fallen, der mit dem Pulverfaß die Ähnlichkeit hat, daß er sofort zündet und explodiert. Das wollen wir verhindern, und damit steht die Aeußerung Se. Majestät des Kaisers, die ich heute vorgelesen habe, daß die Polizei Attentate nicht verhindern kann, in keiner Weise im Widerspruch. Die Polizei kann nicht wissen, ob unter den Leuten, die am Wege stehen und respektvoll grüßen, oder unter den Bewohnern der Miethslokale, die am Wege vorüber sind, ein Mörder sich befindet, der auf den Kaiser zielt. Das kann die Polizei nicht verhindern. Weiter hat nichts gesagt werden sollen und ich habe die Sache nur erwähnt, um damit nachzuweisen, daß Se. Majestät der Kaiser persönlich gegen solche Attentate in einer bedauerlichen Weise furzlos ist. Ich habe nie einen Menschen gekannt, der gegen körperliche Gefahren so gleichgiltig ist, wie Se. Majestät der Kaiser, und wenn ich die Stelle vorgelesen habe, so habe ich damit nur ausgesprochen wollen, daß die Sorge, die Se. Majestät selbst für seine persönliche Sicherheit trägt, das allermindeste Motiv für diese Gesetzgebung ist. Der Ausdruck „Polizeigesetz“ trifft vielmehr für das von dem Herrn Abgeordneten so bevorzugte Dynamitgesetz zu, das ist eigentlich primär ein Gesetz polizeilicher Kompetenz, aber das unsere gar nicht. — Also auch hier wiederum eine Verschiebung der Thatsachen.

Weiter hat der Herr Abgeordnete gesagt: wo bleibt die Million Mark, die aus dem Welfenfonds fließt? Ja, das ist eine recht neugierige Frage. (Heiterkeit.) Der Welfenfonds ist ursprünglich dazu überwiesen worden²⁾, um die Bestrebungen — ich will es kurz nennen: zur Wiederherstellung des früheren Zustandes des Königreichs Hannover und anderer ähnlicher ehemaliger selbstständiger Länder zu bekämpfen. Nun ist lueo clarus, daß

*) Der Abgeordnete wies dem Reichskanzler nur nach, daß sich seine Darstellung, betreffend die Vorbereitung des Dynamitgesetzes in vollständigem Widerspruch befindet mit der Erklärung, welche Minister v. Bunttamer unmittelbar vorher abgegeben hatte. Diesen Widerspruch zu lösen, hat der Reichskanzler nicht unternommen.

2) Wenn der Kanzler über alle möglichen Dinge im Reichstag spricht, darf er sich nicht wundern, eine entsprechende Antwort zu erhalten. An der vorgelesenen Stunde trug die Schuld nur der Umstand, daß der Reichskanzler selbst erst das Wort ergriff, nachdem die Debatte bereits 1 1/2 Tage hindurch gedauert hatte und beinahe erschöpft war.

*) Ausdrücklich heißt es in dem betreffenden Gesetz, daß der Welfenfonds bestimmt sei „zur Abwehr feindlicher Unternehmungen des Königs Georg.“

eine Wiederherstellung der früheren Verhältnisse, eine Vertreibung der preussischen Herrschaft, eine Wiederaufrichtung des auf dem jetzigen Zustand begründeten deutschen Reichs niemals aus eigener Kraft von den wenigen Angehörigen der Provinz Hannover, die sich zu der Welfenpartei rechnen, bewirkt werden kann. Die Aussicht hierauf liegt nur in der Voraussicht eines europäischen Krieges, in dem Deutschland, resp. Preußen geschlagen, dergestalt in die Pfanne gehauen werden würde, daß man ihm die Bedingungen diktiren könnte. Unter diesen Bedingungen würde dann wahrscheinlich die Wiederaufrichtung der früheren welfischen und hessischen Dynastie enthalten sein und die Wiederherstellung anderer, vielleicht auch die Reduzierung Preußens. Die Maßregeln zum Schutze des gegenwärtigen Zustandes, zur Verhinderung eines Umsurzes des gegenwärtigen Zustandes, sind also vollständig identisch mit allen Maßregeln zur Erhaltung des europäischen Friedens. Erhalten wir den Frieden, so vermeiden wir den Krieg, der zur Niederlage Preußens führen könnte. Gelingt es uns nicht, den Frieden zu erhalten, dann kommt alles darauf an, daß wir im Krieg siegreich sind, daß wir möglichst stark gerüstet, möglichst einig sind. *)

Indem ich Ihnen diese Requirate der Erhaltung des Bestehenden schildere, gebe ich Ihnen zugleich das Gebiet an, in welchem eine Verwendung zur Verhinderung dessen, was man seiner Zeit die „Untriebe des Königs Georg“ nannte, möglich ist. Außerdem ist eine Verwendung möglich, indem man die Unterthanen der früheren Herrschaft mit der neuen Regierung dadurch befreundet, daß man Einrichtungen, die ihnen wünschenswert sind, aus diesem Fonds befördert. Es ist ja jede Rechnungslegung über diesen Fondsausgeschloffen, was mir eigentlich leid thut. **) Ich glaube, wir würden grade vor den Eingeborenen dieser Provinzen, den Hessen und Hannoveranern, mit Ehren bestehen, wenn wir die Summen nachweisen könnten, die auf Meliorationen und andere nützliche Anstalten verwandt worden sind. Ich halte es für vollständig beschlußmäßig und statutenmäßig, daß wir durch die Mittel, die damals vom Landtage zur Verfügung gestellt wurden, einerseits die Befriedigung der Wünsche der Unterthanen der früheren Herrscher, andererseits die Erhaltung des Friedens mit denen zu sichern suchen, die allein mächtig genug sind, um die Wiederherstellung des früheren Zustandes herbeizuführen. Ich glaube, daß gegen diese meine Darlegung sich theoretisch von dem Standpunkte, der uns rechtlich durch die Gesetze gegeben ist, gar nichts wird einwenden lassen. Außerdem erfolgen alle Verwendungen aus den Fonds unter der Decharge einmal des preussischen Finanzministeriums und dann Seiner Majestät des Königs. Wenn Sie glauben, daß wir aus diesem Fonds mit Ihren Preßfonds rivalisiren könnten, so irren

*) Offenbar versucht hier der Reichskanzler folgende wunderbare Schlussfolgerung: Die Welfenpartei könnte in einem europäischen Kriege gefährlich werden. In einem Kriege müssen wir siegreich sein. Um möglichst stark gerüstet zu sein, müssen wir im Innern politisch einig sein. Um die innere politische Einigkeit zu fördern, muß durch Verwendung aus dem Welfenfonds die parlamentarische Opposition möglichst bekämpft und Agitation für regierungsfremdliche Wahlen gemacht werden.

**) Der Ausschluß der Rechnungslegung könnte jeden Augenblick aufgehoben werden. Außerdem ist der Reichskanzler nicht gehindert, auch ohne Verpflichtung den Nachweis zu führen, wie die Gelder im einzelnen verwendet werden.

Sie sich. Ich will nicht sagen, daß wir nicht Aufwendungen daraus machen könnten; aber wir haben nicht die Kräfte zur Verfügung, die Ihnen freiwillig zufließen. Der Opposition dient jeder Unzufriedene bereitwillig und freiwillig; der Wertheldigung der belagerten Regierungsfestung dient nur derjenige, der amtlich dazu verpflichtet ist, und wer einen bestimmten Verdienst dabei beabsichtigt.) Wir sind in der Beziehung ja sehr inferieur im Kampfe und sind viel mehr auf den guten Willen als auf das Interesse angewiesen. Wie viele Zeitungen giebt es denn überhaupt, die die Regierung freiwillig vertreten? Die Hauptzeitungen darin sind gerade solche, die nie einen Groschen von der Regierung beansprucht und bekommen haben, diejenigen, die reichen Privaten gehören, welche bei der Erhaltung des Bestehenden auch ihre eigene Rechnung finden und deshalb unter Umständen ein gewisses Quantum weißes Papier zur Verfügung der Regierung stellen.) Von ihrem Anerbieten mache ich unter Umständen mit demselben Rechte Gebrauch, wie jeder andere Preuze, der sich seiner Grundrechte erfreut.

Dann hat der Herr Abgeordnete die Diätenfrage angebracht und wiederum die Forderung gestellt, wir sollten Diäten bewilligen. Sa, wie würde Ihnen das gefallen, wenn von Seiten des Bundesrathes oder der verbündeten Regierungen in jeder Sitzung wieder angeregt würde, Sie möchten doch auf das Privilegium, daß Alles, was hier gesagt ist, straflos sei, oder auf andere Privilegien verzichten, und immer wieder dasselbe, oder Sie möchten auf die geheime Abstimmung verzichten, und das in jedem Jahre wiederum von neuem, und Sie sagten immer Nein? Da würde man doch sofort sagen, die Regierung gehe damit um, die Verfassung zu verderben und zu verändern. — Sind wir nicht berechtigt, Ihnen denselben Vorwurf zu machen, daß Sie damit umgehen, wenn Sie immer wieder darauf zurückkommen, und wenn Sie dulden und die Hand dazu bieten, daß das bestehende Verbot des Diätenbezugs künstlich umgangen wird? Ich möchte nicht in der Lage sein eines Abgeordneten, der Diäten von Privatleuten nimmt. Man würde in Rußland sagen: er nimmt. Der Herr Abgeordnete Richter hat in dieser Beziehung angeführt, ich hätte bei einer früheren Gelegenheit, 1875 glaube ich — oder noch früher — ich will erst einmal auf 1875 zurückkommen — er sagt, ich hätte damals über die Zeit von 1866 sehr mild geurtheilt. Sa, meine Herren, ich bin Diplomat; 1875 rechnete ich noch, daß freundliche Worte etwas helfen könnten, und darum habe ich nicht gesparrt, und darum habe ich mich lebenswürdig ausgedrückt. Ich dachte: vielleicht gewinne ich die Herren, wenn ich ihnen die Brücke baue, wenn ich ihnen zeige, daß ihre Vergangenheit nicht so schwarz ist, daß sie sich ihrer zu schämen brauchen. Ich möchte Sie bitten, dem Gewerbe, in dem ich aufgewachsen bin, etwas zu gute zu halten. *Touto verité n'est pas homo à dire.* Jetzt kommt die Wahrheit heraus.) Ich

¹⁾ Danach hätte die Regierung jetzt also nur gewerbsmäßige Anhänger und keine freiwilligen Mitkämpfer.

²⁾ Die Wesslyer der „Nordb. Allgemeinen Zeitung“ sind bekanntlich die Hamburger Gwandhändler v. Mendorff. Derselben ist der Adel erst verliehen worden.

³⁾ Warum soll jetzt gerade beim Kanzler die Wahrheit herauskommen? Vielleicht fällt später einmal der Kanzler wieder das entgegengesetzte Urtheil, indem er angiebt, daß diese Aeußerung nur aus Rücksichten auf die Diplomatie bei Wahlen erfolgt sei.

denke über Sie jetzt anders, als ich 1875 über Sie gesprochen habe. Ich habe eingesehen, bei dem Bestreben, Sie zu gewinnen für eine staatliche Thätigkeit, kommt nichts heraus; an Ihnen ist Hopfen und Malz verloren; ich habe darauf verzichtet und widerrufe meine Aeußerung von 1875, da sie sich vollständig als nutzlos erwiesen hat. Es war eben ein diplomatischer Schachzug, der mir mißlungen ist. (Heiterkeit.) Nun führt der Herr Abgeordnete Richter eine frühere Aeußerung von mir an, daß ich mit Bezug auf die Annahme von Diäten aus Privatmitteln gesagt hätte: „da kein Strafrichter da ist, so ist es auch nicht verboten.“ Nun, damals war die Situation auch noch eine andere. Ich hatte beim Zustandbringen der Verfassung und in den ersten Jahren die Bestürzung, daß die Gefahr für das Bestehen des Reiches und für seine Entwicklung von den Regierungen und den Dynastien herrühren würde, und daß der einzige Sammelpunkt und das einzige Bindemittel der Reichstag sein würde; und deshalb habe ich damals es für meine Pflicht gegen Deutschland und seine Einheit und seinen Zusammenhang gehalten, mit jedem auch vielleicht weniger erlaubten Mittel den Reichstag zu akzentuiren, sein Zusammentreten zu erleichtern, ihm Kräfte zuzuführen, die ohne Geld nicht disponibel sind;*) — da habe ich auch diese Frage günstiger beurtheilt **) ich habe damals gesagt: „wo kein Strafrichter ist, da ist auch nichts verboten.“ Nun sind mir aber Zweifel gekommen, ob meine damalige Ansicht, daß der Strafrichter die Sache nicht angreifen könnte, vollständig richtig ist; ich hielt es damals für nützlich, daß der Strafrichter, wenn er ein solches Recht hätte, es nicht übe, — ich halte es heute nicht mehr für nützlich. Ich komme daher auf die Prüfung der Frage, ob für den Strafrichter doch ein Anlaß zum Einschreiten gegeben ist, zurück. Ich habe damals gesagt: wenn kein Strafrichter vorhanden ist, so kann das ja auch nicht gehindert werden; wäre nun das Gericht — und das werde ich zu ermitteln suchen — anderer Meinung, so würde ich mit Vergnügen den anderen Weg einschlagen, weil ich finde, diese Einrichtung hat sich nicht bewährt, wie der Fluß von Schwarzenberg von der österreichischen Verfassung bekanntlich sagte. — So viel über die Diäten.

Dann komme ich endlich, rückwärts gehend, zu der ersten Bemerkung des Herrn Abgeordneten Richter über meine Empfindlichkeit gegen Heiterkeit. Sa, ich glaube, der Herr Abgeordnete Richter liest doch mitunter die stenographischen Berichte, — sie sind zwar sehr umfanglich, aber er wird doch finden, daß immer ein Unterschied gemacht wird zwischen Heiterkeit und Gelächter. Heiterkeit ist sehr schmeichelhaft für den Redner, Ge-

*) Als seinerzeit die Fortschrittspartei den Diätenfonds begründete, wollte sie damit auch „im Pflichtgefühl gegen Deutschland, seine Einheit und seinen Zusammenhang es erleichtern, dem Reichstag Kräfte zuzuführen, die ohne solche Zuwendungen nicht disponibel sind.“

**) Es handelte sich vor der Abstimmung über die Reichsverfassung nicht darum, wie der Reichskanzler die Diätenfrage vom Zweckmäßigkeitsstandpunkte ansehe, sondern er wurde interpellirt, eine Auskunft darüber zu geben, wie er vom Rechtsstandpunkt die Verfassung auslege. Ob Diäten aus privaten Mitteln mit der Reichsverfassung zu vereinbaren sind, ist eine Rechtsfrage und kann nicht bedingt werden durch die wechselnden Ansichten des Reichskanzlers über die Nützlichkeit, dem Reichstage Kräfte zuzuführen, die ohne Geld nicht disponibel sind.

Lächer ist Verhöhnung für den Redner und heißt ungefähr so viel als: wir wissen zwar augenblicklich noch nicht, warum es sich handelt, wir haben nicht das Wort, wir werden wahrscheinlich auch nicht reden, aber dadurch, daß es in Klammern „Gelächter“ heißt, wollen wir anzeigen, daß das, was gesagt wurde, mit Geringschätzung und Hohn aufgenommen wurde; — das ist doch ein Unterschied.) Die Heiterkeit, die hier bei der Rechten unter Umständen vorkommt — sie ist nicht sehr häufig, die Rechte ist überhaupt viel ernster als die Linke, die Linke ist heiterer gestimmt — aber das ist ganz etwas Anderes als „Gelächter“. Daß das Gelächter, das ich vorhin als banal bezeichnet habe, von dem Herrn Abgeordneten Hänel ausgegangen ist, wußte ich nicht; das zeigt, wie nöthig es wäre, daß derjenige, von welchem das Gelächter kommt, seinen Namen nennt. Den Herrn Abgeordneten Hänel würde ich nie für einen Banalen gehalten haben; er ist ein Mann, der mit der Wissenschaft geht. Das ist also ein Mißverständnis von mir, und ich ziehe diesen Ausdruck in Beziehung auf den Herrn Abgeordneten Hänel ganz ausdrücklich zurück. Bei ihm glaube ich an wirkliche Heiterkeit, ich glaube, daß er amüsiert gewesen ist durch das, was ich sagte, und den Ausdruck eines banalen Gelächters habe ich nur auf das, was so massenhaft aus jener Gegend kam¹⁾, gebraucht. Ich habe vorher eine Stimme gehört — ich glaubte die des Herrn Abgeordneten Struve zu erkennen — (lebhaft Heiterkeit) diese Stimme habe ich vorhin sehr verspätet nachhören. Ich schließe also daraus, daß ihm inzwischen die Sache auseinandergesetzt worden ist, daß eigentlich hätte gelacht werden müssen bei dieser Stelle, und daß er, da er sich auf der Tribüne nicht bemerklich macht, doch mindestens den Pflichten seiner Partei gegenüber durch Nachhören nachgekommen ist. Diese Art geschäftsmäßigen Nachhören²⁾ ist sehr verschieden von dem, was sich bei dem Abgeordneten Hänel, einer Sterbe unserer Wissenschaft, findet.

Meine Herren, ich habe das Wort nicht gesucht, — ich bin eigentlich dazu gezwungen worden durch den Herrn Abgeordneten Richter, der jeden Satz damit angefangen hat: „der Herr Reichskanzler hat gesagt.“³⁾ Ich

¹⁾ Einen Ton kann man nicht vor Gericht stellen. Dem Reichskanzler scheint jede Begleitung seiner Rede durch die rechte Seite, auch wenn sie für die linke Seite noch so herausfordernd ist, willkommen zu sein. Die Linke aber soll sich allen Herausforderungen gegenüber stumm verhalten und keine Miene verziehen gleich einer Compagnie Soldaten unter dem Gewehr.

²⁾ Nur der Abg. Hänel hatte in einer kaum hörbaren Weise Zeichen der Heiterkeit gegeben, als der Reichskanzler bemerkte, daß bei dem Blindsehen Attentat die Mehrzahl der mittleren Beamten, vielleicht sogar die höheren, auf Seite des Mörders gestanden hätten.

³⁾ Zu dieser beleidigenden Ausführung gegen den Abgeordneten Struve war dem Reichskanzler an diesem Tage so wenig wie an anderen Tagen der geringste Anlaß durch den Abgeordneten Struve gegeben worden. (Vergleiche die persönliche Bemerkung desselben.) Wiederholt hat der Reichskanzler in dieser Weise den Abg. Struve künstlich in die Debatte gezogen. Der Abg. Struve hatte bekanntlich am 4. März 1881 den Reichskanzler durch den Zwischenruf „schamlos“ unterbrochen, als der Kanzler die Einschätzung seiner Dienstwohnung zur Meibohlfsteuer auf politische Parteilichkeit der Mitglieder der Einschätzungsbehörden zurückführte.

⁴⁾ Der Abgeordnete Richter konnte doch nicht das, was der Reichskanzler gesagt hatte, einem anderen Redner zuschreiben.

wurde hierdurch an die Konfliktzeit und an den Abgeordneten Witzchow erinnert, der immer sagte: der Herr Ministerpräsident hat gesagt. Hätte ich nichts gesagt, so wäre nichts geantwortet worden, und es wäre häufig vielleicht besser gewesen.)

Ich komme bei dieser Rede mit langen Umwegen darauf zurück, mit der dringenden Aufforderung an das Land und an die Wähler zu schließen: daß sie keinen fortschrittlichen Abgeordneten wählen möchten. (Bravo! rechts. Heiterkeit links.)

Personliche Bemerkungen.

Nachdem nach dieser Rede des Reichskanzlers auf Abg. Windthorst die Diskussion geschlossen worden war, verwarf Abgeordnete Windthorst mit Bezug auf die Aeußerung, betreffe Welfensfonds dagegen, daß in Hannover jemand mit Gewalt oder Hilfe des Auslandes den früheren Zustand herstellen wolle. Man vertraue auf Gott, auf die gerechte Sache und die freie Entschließung der deutschen Fürsten und des deutschen Volkes. — Jedenfalls aber müßten die unrechtmäßig innegehaltenen Gelder wieder herausgegeben werden. In dem damaligen Gesetz seien alle Verwendungen klar dargelegt; und was über diese Bestimmungen hinaus dem Fonds entnommen werde, sei ungerecht.

Der Reichskanzler bemerkt darauf, daß er durch den Abg. Richter veranlaßt worden sei, sich über den Welfensfonds zu äußern.

Hierauf ließ der Abgeordnete Dr. v. Forkenkamp dem Fürsten Bismarck in Bezug auf die Angriffe auf die Berliner Armenverwaltung noch folgende Erwiderung zu Theil werden:

Meine Herren, ich werde diese späte Stunde nicht benutzen, in die Diskussion überhaupt einzugehen, aber eine Aeußerung des Herrn Reichskanzlers zu liegt mich unmittelbar zu einer Widerlegung und zu einer ausdrücklichen Verwahrung.

Es ist mir nicht unerwartet gekommen, daß der Herr Reichskanzler auch bei dieser Gelegenheit wieder die Kommunalverwaltung Berlins angegriffen hat, in specie die Armenverwaltung. Ich konstatire aber, daß der Herr Kanzler nur allgemeine Behauptungen ohne spezielle Belege aufgestellt hat (sehr richtig! links), daß er gesagt hat, die Armenverwaltung ist schlecht, und daß er ferner in dieser Beziehung nur angeführt hat: es kommen in Berlin Selbstmorde wegen Nahrungsjorgen vor. Ja, meine Herren, kommen nicht überall Selbstmorde wegen Nahrungsjorgen vor? und ist aus dieser Thatsache ein Schluß auf die Berliner Armenverwaltung zu ziehen?

Dagegen muß ich den Behauptungen des Herrn Reichskanzlers, die er heute aufgestellt hat, sowie denjenigen, welche er in einer früheren Sitzung aufgestellt hat, gegenüber feststellen, daß die von der bekannten „Dienstzeitung“ und von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gebrachten Dar-

^{*)} Für den Reichskanzler gewiß!

stellungen, daß in Berlin wiederholt Menschen durch Schuld der Armenverwaltung Hungers gestorben seien, gerichtlich auf die vom Magistrat zu Berlin erhobene Anklage rechtskräftig in allen Fällen als **Verleumdungen** konstatiert sind. (Hört! hört! links.)

Ich bin bereit, dem Herrn Reichskanzler diese Erkenntnisse, die ihm, wie ich annehme, nicht bekannt sind, und die der Magistrat extrahirt hat, die vorgelegte Behörde der Armenverwaltung, zur Disposition und zur Einsicht vorzulegen.

Meine Herren, die Armenverwaltung von Berlin ist vielleicht die größte zentrale und unmittelbare Armenverwaltung auf dem ganzen Kontinent und ihre Aufgabe ist eine fürchtbar schwerwiegende und schwierige. Ich muß meinerseits hier konstatiren, daß die tausende von Ehrenämtern, die in der Armenverwaltung thätig sind, Männer und Frauen, so weit ich übersehen kann, mit wahren Wohlthätigkeitsfinnen sich ihrer Aufgabe der Individualisirung der Armenpflege widmen. Ich muß feststellen, daß, wenn ja auch namentlich in der Armenverwaltung Beschwerden vorkommen, doch die Mehrzahl dieser Beschwerden von der Aufsichtsbehörde im geordneten Wege für unbegründet erkannt worden ist, ich muß konstatiren, daß ferner die Anstalten der Wohlthätigkeit, die die Armenpflege unterstützen, die Waisenschulen, die Krankenanstalten u. mit großen Mitteln vermehrt und immer humaner eingerichtet werden. Ich kann aber auch endlich dem Herrn Reichskanzler gegenüber erklären, daß nicht bloß von Fortschrittsleuten oder von Freisinnigen, sondern von allen Seiten und gerade auch von konservativer Seite in vielen Beziehungen die Wirksamkeit der Berliner Kommunalverwaltung, ihre Wohlthätigkeitseinrichtungen und ihre Vorzüge anerkannt worden sind. (Bravo! links.)

Der Reichskanzler versuchte wiederum es so darzustellen, daß er nur von der Thatfache gesprochen hätte, daß in Berlin Selbstmorde aus Mangel an Nahrungsmitteln vorkämen. — Er zog sich dann mit der Bemerkung zurück: es habe vielleicht seine Schwierigkeit das zu verhindern, namentlich wenn jemand sich schäme, die Unterstützung der öffentlichen Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Er wolle die Frage amtlich aufnehmen, wenn Herr v. Forckenbeck die erwähnten Erkenntnisse ihm zustelle.

In einer persönlichen Bemerkung führte der Abgeordnete **Richter** Folgendes aus:

Wenn der Herr Reichskanzler mir vorgeworfen hat, ich mißbrauche die Zeit des Reichstags, so habe ich schon bemerkt, daß ich nur dieselbe Erwiderung dem Herrn Reichskanzler habe zu Theil werden lassen, die ich ihm schuldig war gegenüber seinen Angriffen auf meine Partei.

Ich habe von dem Recht auf Arbeit gesprochen, nicht von dem Recht auf das Arbeitshaus, wovon im Landrecht die Rede ist.

Ich habe dem Herrn Reichskanzler nicht zum Vorwurf gemacht, daß er jenen Beleidigungsantrag des Staatsanwalts uns übermittelt hat; sondern ich habe nur zur Klarstellung, wohl es unten führe, an oberster Stelle Beschuldigungen gegen den Reichstag zu erheben, auf Aeußerungen in dem Schreiben aufmerksam gemacht.

Ich habe nicht dem Herrn Reichskanzler vorgeworfen, daß er der Berliner Verwaltung vorgeworfen hätte, daß hier Selbstmorde vorkämen, sondern ich habe ihm zum Vorwurf gemacht, daß er damals diejenige Behörde,

welche die Aufsicht über Berlin hat, als eine solche bezeichnet hat, die in dieser Beziehung nicht mit der nöthigen Schärfe gegen die Berliner Verwaltung auftritt.

Sodann habe ich dem Herrn Reichskanzler nicht vorgeworfen, daß er die landwirtschaftlichen Interessen verrete, sondern ich habe ihm nur vorgeworfen, daß er uns den Vorwurf macht: Ausbeutung der ländlichen Bevölkerung aus politischen Interessen.

Der Abgeordnete **Struve** erwiderte dem Reichskanzler:

Der Herr Reichskanzler hat heute wiederholt mich in einer ganz unmotivirten Weise apostrophirt, heute mit ebenjowenig Grund, wie vor wenigen Wochen. Der Herr Reichskanzler wird sich nicht wundern dürfen, wenn ich in Zukunft bei unmotivirten persönlichen Angriffen sage: Sie kommen aus der Gegend des Herrn Reichskanzlers.

Die Angriffe des Reichskanzlers auf die Unfallversicherungs-Kommission widerlegte der Vorsitzende der Kommission **Freih. von und zu Franckenstein** (Centrum) — Abg. **Freih. von Malshin-Giltz** war nur stellvertretender Vorsitzender der Kommission vor Ostern —, wie folgt:

Ob die Thätigkeit der VII. Kommission eine befriedigende oder unbefriedigende sei, werde späterhin der Reichstag und der Bundesrath zu beurtheilen haben. (Sehr richtig!)

Was die Thätigkeit der Kommission an und für sich betrifft, so muß ich auf das Bestimmteste dem wiederprechen, was der Herr Reichskanzler gesagt hat. Ich erlaube mir, den Herrn Reichskanzler darauf aufmerksam zu machen, daß der VII. Kommission nicht allein das Unfallgesetz, sondern auch die Vorlage über die Abänderung des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen zugewiesen worden ist, daß die Vorberathung dieses Gesetzes vor der Vorberathung des Unfallgesetzes erledigt werden mußte und daß die Kommission seit Erledigung dieses Gesetzes fort und fort, so weit es mir immer möglich ist, bestrebt ist, das Unfallgesetz in Vorberathung zu erledigen.

In den ersten 41 Paragraphen der Vorlage werden die schwierigsten Materien des Gesetzes behandelt und sind die schwersten Fragen zu erledigen. Ich habe die zuversichtlichste Hoffnung, daß die VII. Kommission in nicht zu langer Zeit ihr Pensum, wie ich hoffe, in befriedigender Weise erledigen wird.

Hierauf zog der Reichskanzler **Fürst Bismarck** seine Vorwürfe gegen die Kommission zurück, indem er erklärte, daß seine Worte auf der allgemeineren Grundlage des Mangels an Wohlwollen für die Vorlage im gesammten Reichstage beruhen, über welchen Mangel er sich beklagt habe.

Vorher hatte **Fürst Bismarck** schon dem Abg. **Eugen Richter** gegenüber ausgesührt, daß sich seine Vorwürfe nicht auf die früheren Jahre, sondern nur auf diese Session des Reichstages bezogen hätten. Da nun aber in dieser Session die Vorlage gleich nach Anfang der Session unmittelbar nach der ersten Berathung an die Kommission gelangt ist und sich dort noch befindet, so haben die letzten Erklärungen des Reichskanzlers überhaupt seine Vorwürfe in Bezug auf die Behandlung des Unfallversicherungsgesetzesentwurfs als vollständig gegenstandslos bewiesen.

Der Reichsfreund.

Neues Wochenblatt für Stadt und Land.

Begründet von H. Hermes, L. Parisius, Eugen Richter.

Auflage 20 000 Exemplare!

Verbreitet in etwa 1100 Orten Deutschlands.

Preis vierteljährlich bei der Post 50 Pfennig (mit Austragegeld 65 Pfennig).

Der Reichsfreund bringt als freisinniges politisches Blatt eine Wochen-
schau, kräftige Leitartikel, Berichte über Merkwürdiges in Stadt und Land
und sorgt zugleich für gemüthliche Unterhaltung durch spannende Erzählungen,
lustige Pieder- und Gedichte und interessante Mittheilungen für das Haus
über Landwirtschaft, Gewerbe u. s. w.

Die Expedition des Reichsfreundes, Berlin W., Kronenstraße 46,
zahlt gegen Einsendung von Postquittungen — als Vergütung für das
Sammeln von Postabonnements — noch 10 Pfennige für das Exemplar
zurück.

In Parteen von mindestens zehn Exemplaren kann der Reichsfreund
direkt von der Expedition bezogen werden, das Exemplar für 40 Pfennig,
von 100 Exemplaren ab für 36 Pfennig vierteljährlich. Nach portofreiem
Eingang des Bestellgeldes erfolgt die Zusendung direkt und portofrei.

Der Reichsfreund ist im Postzeitungskataleg unter Nr. 4161 auf-
geführt.

Kreuzbandabonnements für einzelne Exemplare des Reichsfreundes
nimmt die Expedition, Kronenstraße 46, an. Gegen Einsendung von einer
Mark wird ein Exemplar, gegen Einsendung von einer Mark fünfzig Pfennig
pro Quartal werden zwei Exemplare (unter derselben Adresse) nach allen
Orten Deutschlands und Oesterreichs versandt.